



Polizeiinspektion
Celle

2023

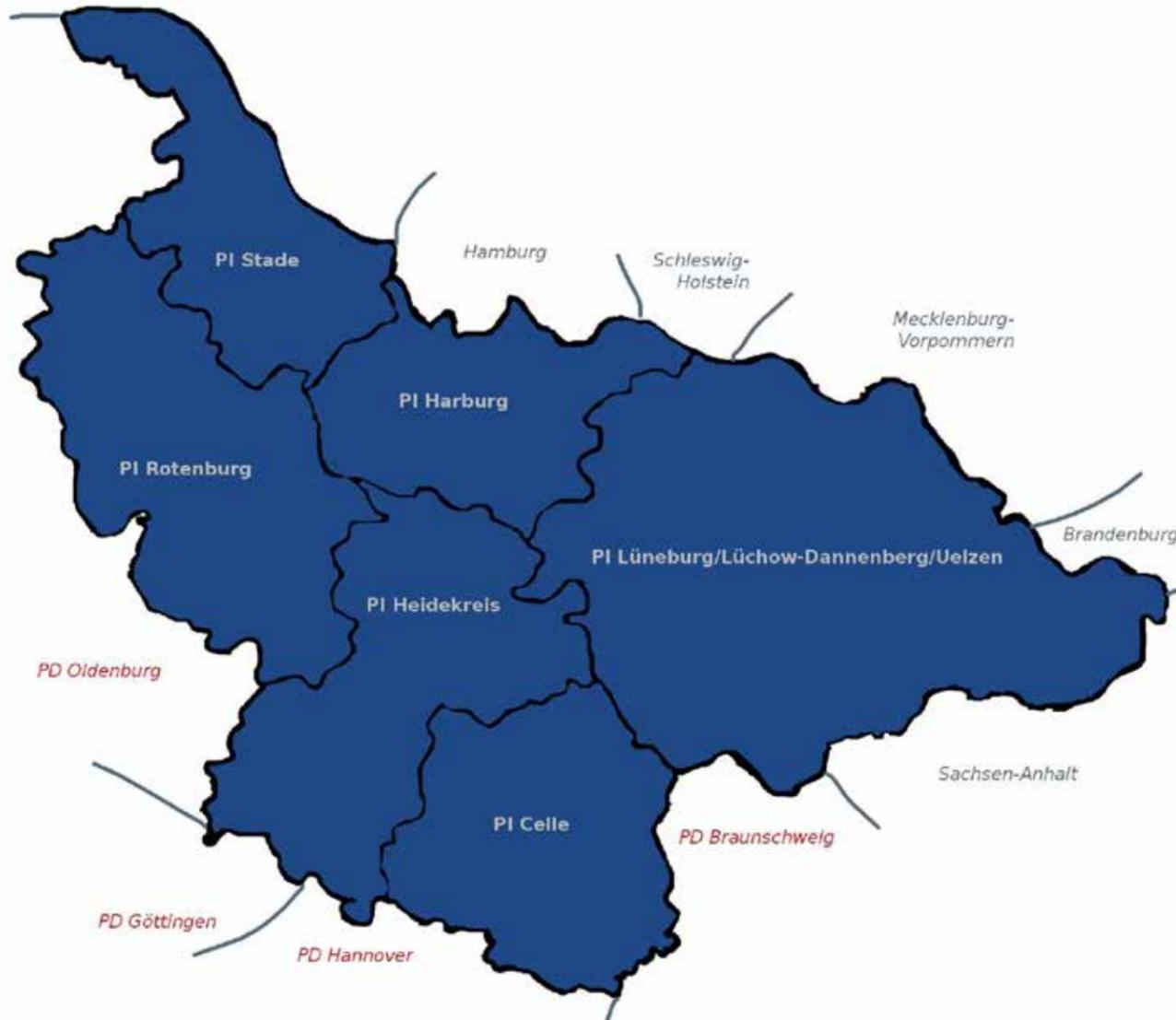
SICHERHEITSBERICHT



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



SICHERHEITSBERICHT

2023



VORWORT DES POLIZEIPRÄSIDENTEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie mit diesem Schreiben den zweiten Sicherheitsbericht der Polizeidirektion Lüneburg in Ihren Händen halten.

Ich bin überzeugt, dass die folgende Lektüre Ihnen spannende Einblicke und informative Beiträge rund um die Sicherheit in Ihrer Region vermittelt und auch einige neue Einblicke in die Arbeit Ihrer Polizei für Sie bereithält.

Die Wahrung der Inneren Sicherheit unseres Landes ist die ureigene Aufgabe der Exekutive.

Um den Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie staatlicher Institutionen gerecht zu werden, leistet die Polizei sowohl durch präventive als auch repressive Arbeit einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Um in Freiheit leben zu können, muss man sich sicher fühlen. Freiheit, das wird mit Blick auf das aktuelle Weltgeschehen einmal mehr deutlich, ist ein unschätzbare Gut.

Doch obwohl es sich in Deutschland objektiv messbar sicher leben lässt und die Polizei als Garantin für die Innere Sicherheit sowohl ein hohes Ansehen als auch das Vertrauen der Bevölkerung genießt, nehmen Bürgerinnen und Bürger diese Sicherheit im Einzelnen nicht zwingend wahr. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlicher sprechen hier vom sogenannten Sicherheitswahrnehmungsparadox.

Mir persönlich ist es, auch im Namen aller Mitarbeitenden der Polizeidirektion Lüneburg, ein hohes Anliegen, objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl in Einklang zu bringen.

Es ist Realität, dass die Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb der Zuständigkeit unserer Direktion sicher leben können.

Der vorliegende Sicherheitsbericht soll ein Instrument sein, neben der Darstellung der Vielfalt polizeilicher Aufgaben, einen Beitrag zur Steigerung des Sicherheitsgefühls zu leisten und offen über Präventionsmaßnahmen, Kriminalitätsschwerpunkte und staatliches Handeln zu berichten.

Die geografischen Gegebenheiten der Polizeidirektion Lüneburg, ein vorwiegend ländliches Gebiet mit urbanen Einflüssen, machen unseren Einsatzraum zu etwas ganz Besonderem. So unterschiedlich wie die Sicherheitsarbeit in ländlichen und städtischen Bereichen sind es auch die Erwartungen der Menschen an die Institution Polizei.

Daher ist unser Sicherheitsbericht auf die einzelnen Landkreise spezialisiert, um den individuellen Umständen Rechnung zu tragen.

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude beim Lesen und interessante Einblicke in die Polizeiarbeit Ihrer Region!

Ihr

Thomas Ring

Polizeipräsident der Polizeidirektion Lüneburg





VORWORT DES INSPEKTIONSLEITERS

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

„MIT SICHERHEIT FÜR SIE DA“

Unter diesem Motto halten Sie mit der heutigen Ausgabe den zweiten Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Celle in den Händen. Gemeinsam mit der Polizeidirektion Lüneburg möchten wir Ihnen einen Einblick in die unterschiedlichen Themenfelder der Polizei geben, Herausforderungen der polizeilichen Arbeit transparent machen und die Sicherheitslage im Landkreis Celle darstellen.

In den letzten Jahren hat die Digitalisierung auch bei der Polizei Fahrt aufgenommen und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die Mitarbeitenden haben mehr Möglichkeiten des mobilen Arbeitens, Diktate werden mittlerweile digital verschriftlicht und in Ermittlungsverfahren kommt zunehmend Künstliche Intelligenz zum Einsatz. Die gesellschaftspolitischen Themen dieser Zeit beschäftigen uns alle zunehmend: Flüchtlingsbewegungen, Inflation, Klimawandel und die Kriege in der Ukraine und in Nahost spielen in unser aller Alltag eine Rolle, auch bei der Polizei.

Besonders beunruhigend ist auch der zunehmende Zuspruch für Parteien und Bündnisse, die sich mehr oder weniger offen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten.

Gegen diese Tendenzen zeigen wir als Polizei klare Kante und lassen diesen Strömungen keinen Raum. Vor einigen Jahren wurde hierfür das polizeiinterne Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ ins Leben gerufen, in dem es landesweit immer wieder Aktionen gibt und geben wird.

Dieser und vieler anderer Themen werden wir uns weiterhin annehmen und dabei stets ein gemeinsames Ziel vor Augen haben: Ihre Sicherheit. Denn das ist nicht nur unser gesetzlicher Auftrag, sondern auch eine Herzensangelegenheit: Wir wollen, dass Sie sicher leben und sich sicher fühlen.

Und dafür gibt es allen Grund: Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Niedersachsen gab es im Bereich der Straftaten im Landkreis Celle in 2023 leicht rückläufige Fallzahlen bei gleichzeitig der höchsten Aufklärungsquote innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg.

Die im Bericht erwähnten Zahlen, Daten und Fakten zeigen Ihnen das Bild einer leistungsfähigen Polizei im Landkreis Celle, auf die Sie sich als Bürgerinnen und Bürger verlassen können.



Wir genießen in der Bevölkerung ein großes Vertrauen und sind uns der damit verbundenen Verantwortung, die wir bei unserer Arbeit haben, durchaus bewusst. Dabei stehen wir aber nicht alleine.

An dieser Stelle möchte ich mich daher bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und den vielen anderen Kooperations- und Netzwerkpartnerinnen und -partnern für die stets unkomplizierte und professionelle Zusammenarbeit bedanken. Diese gegenseitige Unterstützung auf Augenhöhe ist die Basis, das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die objektive Sicherheit weiter zu erhöhen.

Ich freue mich auf ein weiterhin vertrauensvolles Miteinander und sichere Ihnen allen zu, dass wir als Polizei auch in Zukunft uns dafür einsetzen, dass demokratische Werte geachtet und gelebt werden. Wir leisten unseren Beitrag für die innere Sicherheit und den Schutz unserer Demokratie, sind für Sie da und stehen für eine sichere Stadt und einen sicheren Landkreis Celle. Dass uns dies im Jahr 2023 gelungen ist, ist meiner festen Überzeugung nach insbesondere auch dem hohen Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen zu verdanken. Sie sind es, die sich jeden Tag um unsere Sicherheit kümmern und 24/7 für Sie ansprechbar sind.

Ich freue mich über Ihr Interesse an der Sicherheitslage im Landkreis Celle und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Frank Freienberg

INHALT

Polizeidirektion (PD) Lüneburg

Organisation

Die Organisation im Überblick	Seite 7
Die PD Lüneburg in Zahlen	Seite 9
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PD Lüneburg	Seite 12
Diversität in der PD Lüneburg	Seite 14
Tag der Vielfalt in der PD Lüneburg	Seite 15
Polizeischutz für die Demokratie in der PD Lüneburg	Seite 17

Nachwuchsgewinnung

Wege zur Polizei	Seite 20
Das Auswahlverfahren	Seite 22
Mein Weg zur Polizei – Erfahrungsbericht eines Fachoberschülers	Seite 24

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) der PD Lüneburg	Seite 27
Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie	Seite 32
Prävention in der PD Lüneburg	Seite 34
Sachgebiet Cold Case der PD Lüneburg	Seite 36
Bundesweite Fachtagung Sachgebiet Cold Case	Seite 37
Politisch motivierte Kriminalität	Seite 38

Einsatz

Die Abteilung Leine DORA der PD Lüneburg	Seite 42
Die Diensthundführer der PD Lüneburg	Seite 43
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB)	Seite 47

Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2023 für die PD Lüneburg	Seite 49
Regionale Kontrollgruppe der PD Lüneburg	Seite 51
Cannabis am Steuer	Seite 53

Technik

NIMes	Seite 55
E-Akte in der Polizei	Seite 56
Einsatzunterstützung aus der Luft	Seite 57

Polizeiinspektion (PI) Celle

Organisation

Die PI Celle im Überblick	Seite 10
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PI Celle	Seite 13
Polizeischutz für die Demokratie in der PI Celle	Seite 18

Nachwuchsgewinnung

Nachwuchsgewinnung in der PI Celle	Seite 21
--	----------

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der PI Celle	Seite 30
Sachgebiet Kinderpornographie in der PI Celle	Seite 33
Prävention im Bereich politisch motivierte Kriminalität	Seite 40

Einsatz

Einsatz anlässlich des AfD Landesparteitages bei der Congress Union in Celle	Seite 44
Spatenstichzeremonie Rheinmetall	Seite 45
Die Verfügungseinheit der PI Celle	Seite 46

Verkehr

Verkehrsunfallstatistik 2023 für die PI Celle	Seite 50
---	----------



DIE ORGANISATION IM ÜBERBLICK

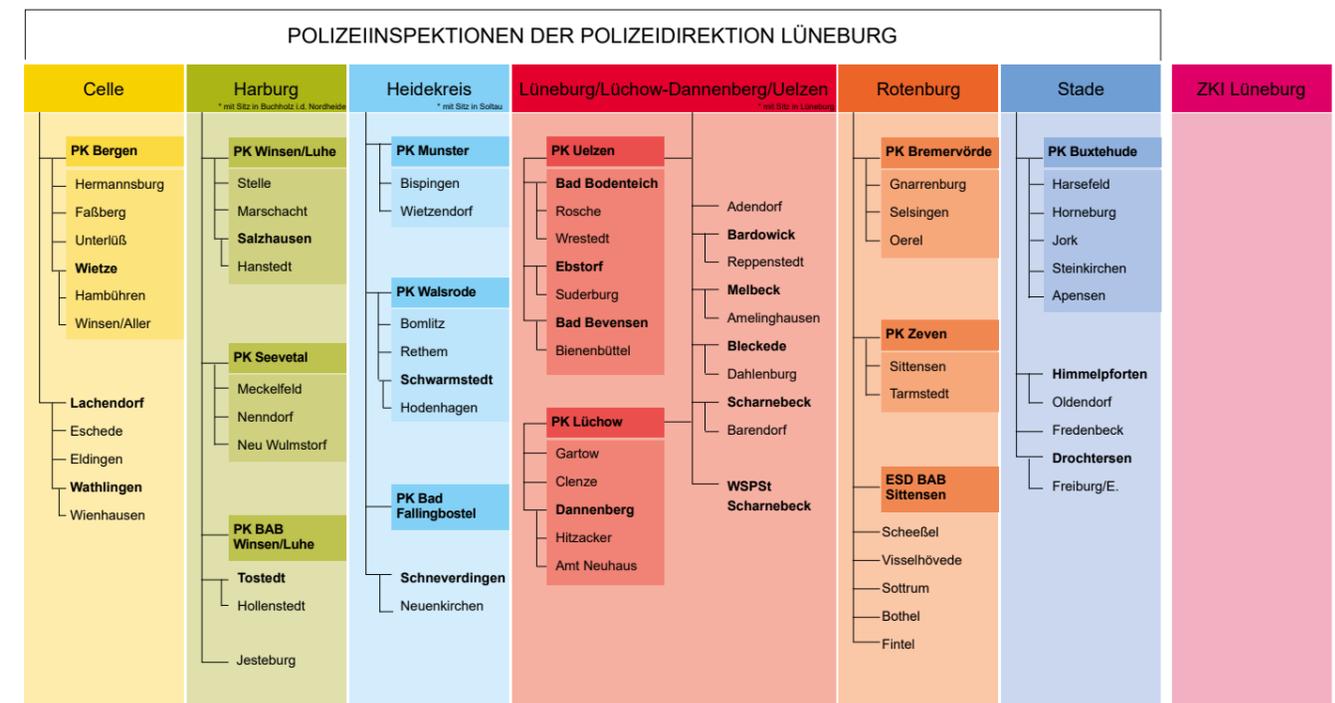
Die Polizeidirektion Lüneburg erstreckt sich flächenmäßig über die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Rotenburg (Wümme) und Stade. Ihr sind sechs Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion zugeordnet.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg stellt als Behörde das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie den vor Ort arbeitenden Polizeiinspektionen dar. Der Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg umfasst dabei die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Das Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 12.040 km². Hier leben insgesamt ca. 1,3 Millionen Bürgerinnen und Bürger, deren Sicherheit unsere oberste Priorität ist.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sind der PD Lüneburg die sechs Polizeiinspektionen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, Rotenburg und Stade – mit insgesamt 12 Polizeikommissariaten und 70 Polizeistationen – sowie die Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg nachgeordnet. Im gesamten Zuständigkeitsbereich sind verteilt auf 23 Standorte derzeit insgesamt 2.973 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie im Einsatz. An 92 Polizeidienststellen wird dieser Dienst sogar rund um die Uhr geleistet.

Die Mitarbeiterschaft besteht dabei überwiegend aus Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch viele Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte sind unverzichtbar für unsere Organisation und ihre Aufgaben. Die Verteilung der Planstellen – und damit der Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Dienststellen – richtet sich nach strukturellen Grundlagen, örtlichen Besonderheiten sowie Kriterien im Hinblick auf die Einsatzbelastung.

Die Polizeiinspektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen gewährleisten Einsatz- und Streifendienste sowie die Kriminal- und Ermittlungsdienste die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Prävention, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung vor Ort. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt im gesamten Gebiet der Polizeidirektion die Aufgaben der bereichsübergreifenden Bekämpfung spezieller Kriminalitätsphänomene wahr, z.B. im Bereich der Organisierten Kriminalität.



Organigramm: Die Polizeidirektion Lüneburg



Die PD Lüneburg ist als übergeordnete Behörde für die strategisch-organisatorische Gesamtführung verantwortlich. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen, Serviceleistungen für die nachgeordneten Dienststellen koordiniert und erbracht sowie zentrale Aufgaben z.B. in den Bereichen Personal, Führungs- und Einsatzmittel sowie Finanzen wahrgenommen. Die Polizeidirektion setzt die Vorgaben des Landespolizeipräsidiums im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport in der Fläche um und sorgt für eine einheitliche Anwendung.

Die Leitung der PD Lüneburg obliegt dem Polizeipräsidenten (PP) Thomas Ring. Unterstützt wird er dabei durch den Polizeivizepräsidenten (PVP) Jens Eggersglüb und die Leitende Regierungsdirektorin (Ltd. RD'in) Inga Ritters-Timm.

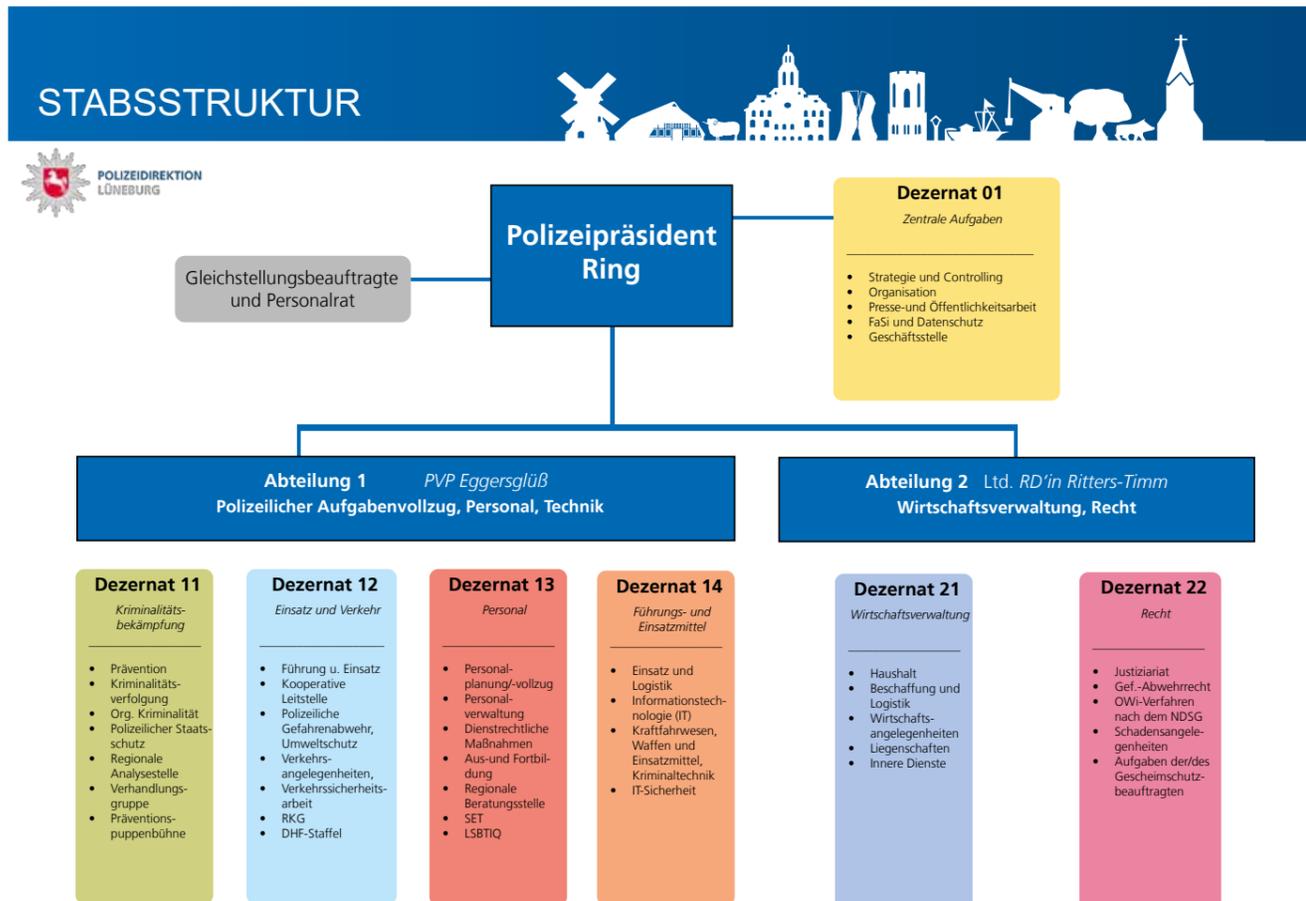
Direkt an den Polizeipräsidenten angegliedert sind das Dezernat für Zentrale Aufgaben sowie die Personalvertretungen

und die Beauftragten für spezielle Themenbereiche (z.B. Datenschutz und Arbeitsschutz).

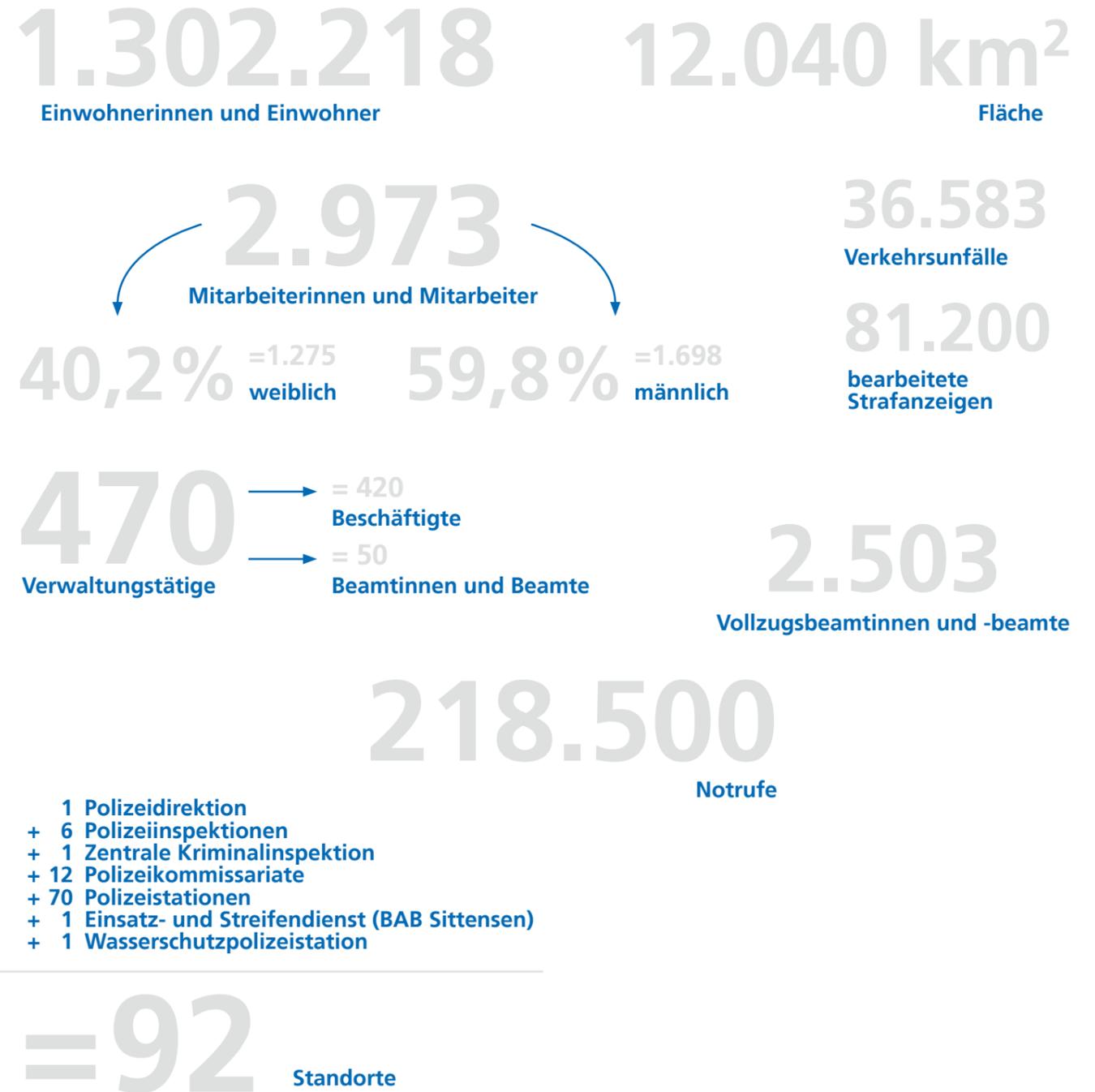
Die PD Lüneburg ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Wesentlichen in zwei Abteilungen untergliedert: die für polizeifachliche Aufgaben zuständige Abteilung 1, geleitet durch Herrn Eggersglüb und die für verwaltungsfachliche Aufgaben zuständige Abteilung 2, geleitet durch Frau Ritters-Timm.

Innerhalb der Abteilung 1 werden durch vier Fachdezernate die Themengebiete Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel bearbeitet. In der Abteilung 2 sind zwei weitere Fachdezernate für die Bereiche Wirtschaftsverwaltung und Recht eingerichtet.

Auf den nachfolgenden Seiten erhalten Sie Gelegenheit, sich einen genaueren Einblick in die einzelnen Organisationsbereiche und deren Aufgabenspektrum zu verschaffen.



DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG IN ZAHLEN





DIE POLIZEIINSPEKTION CELLE IM ÜBERBLICK

Der Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Celle liegt im Süden der Polizeidirektion Lüneburg und umfasst den gesamten Landkreis Celle mit seinen acht Einheitsgemeinden (Stadt Bergen, Stadt Celle, Eschede, Faßberg, Hambühren, Südheide, Wietze und Winsen), drei Samtgemeinden (Flotwedel, Lachendorf und Wathlingen) und dem gemeindefreien Bezirk Lohheide. Das gesamte Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von 1.545 km².

Ca. 360 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizeiinspektion Celle kümmern sich um das Wohl und die Sicherheit der Menschen in Stadt und Landkreis. Dazu sind 45 Tarifbeschäftigte und 1 Verwaltungsbeamter. (Stand Oktober 2024)

Am Hauptsitz in Celle in der Jägerstraße 1 befindet sich neben dem Zentralen Kriminaldienst, der Sachbereich Einsatz und Verkehr mit seinem 24-Stunden-Streifendienst sowie die Verfügungseinheit.

Um auch in der Fläche präsent zu sein, betreiben das Polizeikommissariat Bergen, die Polizeistationen Wietze, Lachendorf und Watlingen ebenfalls Rund-um-die-Uhr-Dienste.

Verstärkt werden diese Dienststellen durch weitere acht Polizeistationen, so dass die Polizeiinspektion Celle mit insgesamt 14 Dienststellen die Sicherheit von etwa 179.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gewährleistet.

Der Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Lachendorf mit den nachgeordneten Dienststellen in Wathlingen, Eschede, Eldingen und Wienhausen umfasst den südöstlichen Bereich des Landkreises Celle.

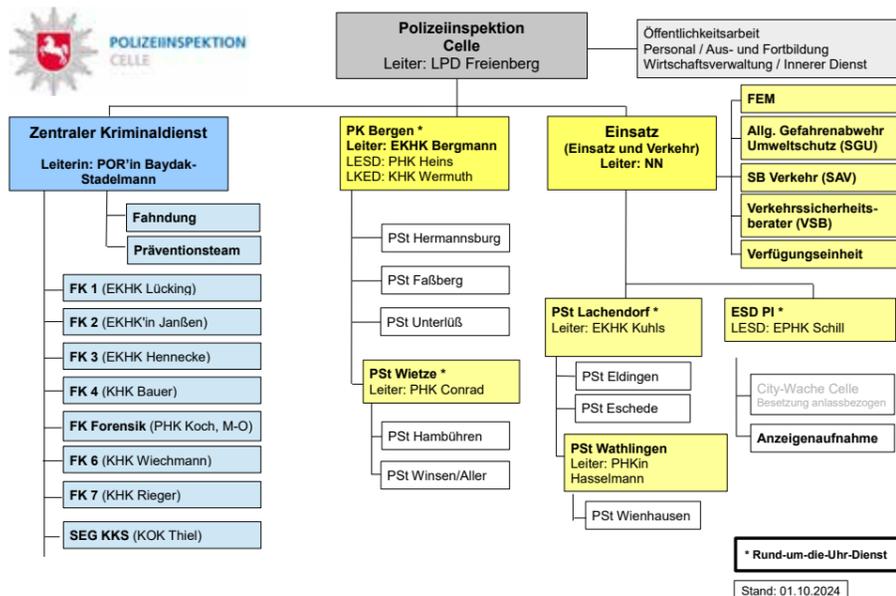
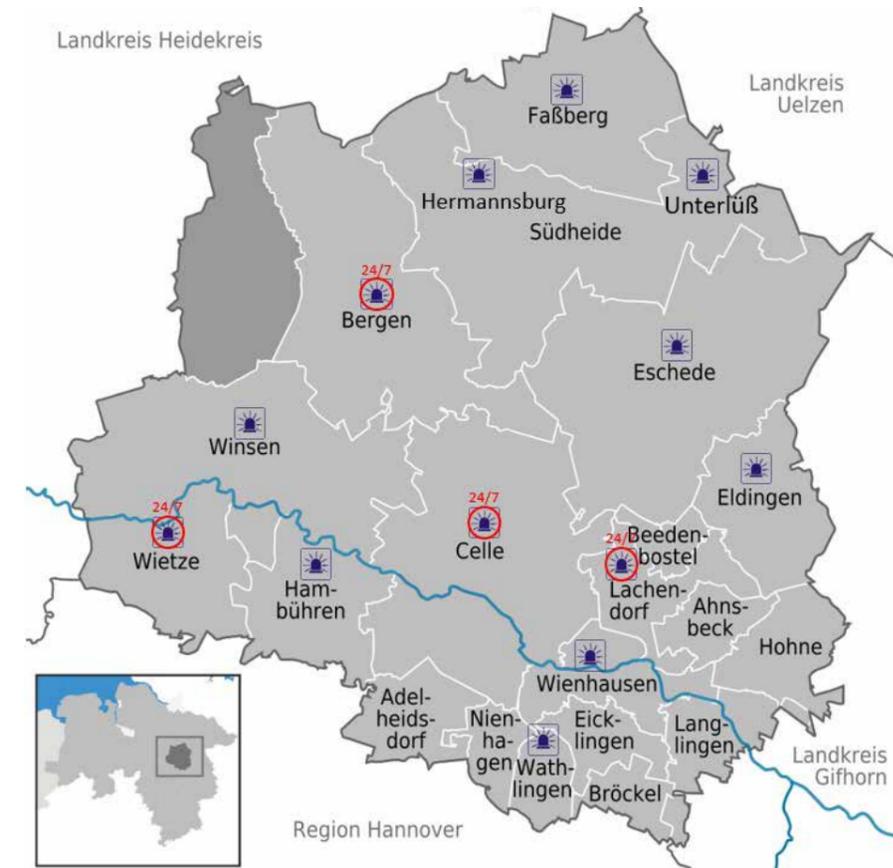
Im Westkreis befinden sich neben der Polizeistation Wietze die nachgeordneten Dienststellen in Winsen/A. und Hambühren.

Zum Polizeikommissariat Bergen gehören im nördlichen Bereich des Landkreises die Polizeistationen Hermannsburg, Unterlüß und Faßberg.

DIE DIENSTSTELLEN DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

- Polizeiinspektion Celle**
Jägerstraße 1
29221 Celle
Tel.: 05141 277-0
poststelle@pi-ce.polizei.niedersachsen.de
- Polizeistation Hermannsburg**
Am Markt 3
29320 Südheide
Tel.: 05052 91331-0
- Polizeistation Faßberg**
Immenweg 1
29328 Faßberg
Tel.: 05055/98706-0
- Polizeistation Unterlüß**
Süllweg 1
29345 Südheide
Tel.: 05827/ 97049-0
- Polizeistation Wietze**
Steinförder Straße 3a
29323 Wietze
Tel.: 05146/98623-0
- Polizeistation Winsen (Aller)**
Stechinellstraße 4
29308 Winsen (Aller)
Tel.: 05143/66772-0
- Polizeikommissariat Bergen**
An der Bahn 1
29303 Bergen
Tel.: 05051 47166-0
postfach@pk-bergen.polizei.niedersachsen.de
- Polizeistation Eschede**
Uelzener Straße 5
29348 Eschede
Tel. 05142/98876-0
- Polizeistation Eldingen**
Schulstraße 11
29351 Eldingen
Tel.: 05148/91272-0
- Polizeistation Lachendorf**
Südfeld 7
29331 Lachendorf
Tel.: 05146/98623-0
- Polizeistation Wienhausen**
Am Alten Bahnhof 1
29342 Wienhausen
Tel.: 05149/987190
- Polizeistation Wathlingen**
Am Schmiedeberg 3
29339 Wathlingen
Tel.: 05144/49546-0
- Polizeistation Hambühren**
Insterburger Straße 6
29313 Hambühren
Tel.: 05084/98836-0

Dienststelle ist durchgehend besetzt Dienststelle mit Öffnungszeiten



Stand: 01.10.2024

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit. Sie ist nicht nur Kommunikator für polizeiliche Arbeit und ihre Erfolge, sondern zugleich Einsatzmittel, um Einsatzlagen oder Krisensituationen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen klassische und digitale Medienarbeit sowie interne und externe Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander.

Das Team der Pressestelle auf Direktionsebene:

Funktions E-Mail	pressestelle@pd-lg.polizei.niedersachsen.de
Leiterin	
Mareike Kowalewski	04131/8306-1050
Julia Graefe	04131/8306-1051
Laurits Penske	04131/8306-1052
Social Media Managerin	
Saskia Martin	04131/8306-1053



v.l. Julia Graefe, Mareike Kowalewski, Laurits Penske und Saskia Martin

Ziel der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist die Aufgabenbereiche sowie die Arbeit der Polizei transparent und nachvollziehbar darzustellen und einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Denn insbesondere im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller Polizeiinspektionen im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg leistet ihren aktiven Beitrag für einen offenen Informationsfluss und kommt ihrer Informationspflicht nach. Jede Polizeiinspektion hat einen eigenen Bereich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit speziell ausgebildeten Pressesprechenden eingerichtet. Die Mitarbeitenden stellen sicher, dass Informationen und Botschaften über die polizeiliche Arbeit schnell, wahrhaft, eindeutig und möglichst umfassend die Medien sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet u.a. Sondereinsätze und steigert die Kommunikation mit der Bevölkerung vor allem in besonderen Lagen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen in den klassischen Medien oder via eigener Social Media Accounts steigert das generelle Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit.

Um im Einsatzfall möglichst schnell und direkt die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, nutzt die Polizeidirektion Lüneburg soziale Medien. Im Alltag werden die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Social Media Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätsphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangeboten versorgt. Die Polizeidirektion Lüneburg möchte für die Außenwelt ansprechbar sein, direkt und ohne Umwege kommunizieren, in den Austausch treten und Transparenz schaffen.

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum umfasst neben dem Bearbeiten von Presseanfragen sowie dem Erstellen von Presseinformationen die Auswertung der täglichen Medienlage. Darüber hinaus werden hier u.a. Führungskräftebesprechungen und Veranstaltungen organisiert, Redebeiträge und Grußworte für die Behördenleitung begleitet sowie die Polizeidirektion Lüneburg im Intra- und Internet dargestellt. Auch die Bereiche Design und Grafik sind ein Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bereich Social Media befasst sich überwiegend mit der Koordination von Beiträgen, dem Erarbeiten von Kampagnen, der Fachaufsicht aller Social Media Accounts sowie der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Zudem wird das tägliche Stimmungsbild innerhalb der sozialen Medien erhoben und analysiert. Dabei wird das Angebot ständig weiterentwickelt.

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Pressestelle der Polizeiinspektion Celle ist die Schnittstelle zwischen der Polizei und den Medien. Von hier werden die örtlichen und überörtlichen Medien über relevante polizeiliche Sachverhalte im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Celle informiert.

Ziel ist es dabei, das polizeiliche Handeln für die Bürgerinnen und Bürger transparent und verständlich zu machen, ohne dabei den möglichen Ermittlungserfolg zu gefährden.

Bei Schadensereignissen und größeren Einsatzlagen werden die Medienvertreterinnen und Medienvertreter bei Bedarf am Einsatzort von der Pressesprecherin betreut. Dort steht sie den Journalistinnen und Journalisten für Interviews, O-Töne und Fragen zur Verfügung.

Bei größeren polizeilichen Lagen informieren wir zusätzlich über die Internetplattform X einsatzbegleitend über den aktuellen Stand der Ereignisse.

Weitere Aufgaben der Pressestelle:

- Interviewanfragen von Presse, Funk und Fernsehen
- Planung und Durchführung von Pressekonferenzen und Pressegesprächen
- Koordination von Öffentlichkeitsfahndungen
- Begleitung von Messe- und Ausstellungsauftritten der Polizeiinspektion Celle
- Koordination und Begleitung von Drehanfragen und -planungen für Reportagen und Berichterstattungen
- Pflege der Internet- und Intranetauftritte der Polizeiinspektion Celle
- Koordination der Social-Media-Auftritte der Polizeiinspektion Celle

Die Pressestelle der PI Celle ist tagsüber zu den üblichen Bürozeiten erreichbar. Außerhalb dieser Zeiten ist der Dienstabteilungsleiter / die Dienstabteilungsleiterin der Polizeiinspektion zuständig und unter 05141-2770 erreichbar.

Seit dem 01. April 2024 ist Polizeihauptkommissarin Ulrike Trumtrar die Pressesprecherin der Polizeiinspektion Celle.



Ulrike Trumtrar
Sachbearbeiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Polizeiinspektion Celle - Jägerstr. 1, 29221 Celle

Telefon	05141 / 277-104
Mobil:	0162 / 9338436
Funktions E-Mail	postfach-oea@pi-ce.polizei.niedersachsen.de
Facebook:	https://www.facebook.com/Polizei.CE/
Instagram:	https://www.instagram.com/polizei.celle/

Social Media

Das Social Media Team der Polizeiinspektion Celle unterstützt die Pressesprecherin im Bereich der Sozialen Medien. Im Social Media Team engagieren sich Kolleginnen und Kollegen aus dem Einsatz- und Streifendienst, aus der Verfügungseinheit sowie aus dem Zentralen Kriminaldienst. Sie berichten auf den Accounts der Polizeiinspektion Celle auf Facebook und Twitter aus ihren täglichen Diensten und informieren über aktuelle Einsätze und Ereignisse.



DIVERSITÄT IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

In der Polizeidirektion Lüneburg legen wir großen Wert auf Vielfalt, Inklusion und Gleichberechtigung. Diese Werte spiegeln sich nicht nur in unserer täglichen Arbeit, sondern auch in unserer Organisationsstruktur wider. Um sicherzustellen, dass diese Grundsätze in allen Bereichen unseres Handelns berücksichtigt werden, haben wir entsprechend den gesetzlichen Vorgaben Beauftragte benannt, die sich den verschiedenen Aspekten dieser Themen widmen.

Personalrat

Personalräte sind die Personalvertretungen in öffentlichen Einrichtungen, u.a. in Körperschaften des öffentlichen Rechts von Bund, Ländern und Gemeinden. In den privatwirtschaftlichen Betrieben findet man als Äquivalent die Betriebsräte. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit aller Personalräte in Niedersachsen ist das Landespersonalvertretungsgesetz.

Vertreten werden alle Beschäftigten aus der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Davon ausgenommen sind u.a. die Professoren, Gastdozenten und nebenberuflich beschäftigtes Personal.

Die wichtigste Aufgabe des Personalrats ist die Überwachung der Gesetze, Tarifverträge und anderer Bestimmungen, die den Arbeitnehmern Rechte einräumen. Für die Wahrnehmung dieser Arbeitnehmerrechte hat der Gesetzgeber den Personalräten bestimmte Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz an die Hand gegeben.

Flankiert wird die Arbeit des Personalrats durch besondere Interessenvertretungen wie die Schwerbehindertenvertretung sowie die Gleichstellungsbeauftragte.

Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten ist es, alle personellen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit berühren können, in Bezug auf Chancengleichheit zu betrachten.

Schwerbehindertenvertretung

Die Schwerbehindertenvertretung fördert die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in die Behörde. Sie vertritt die Interessen und steht den Menschen beratend und helfend zur Seite.

LSBTIQ-Beauftragte

Im Folgenden möchten wir Ihnen die Beauftragten für LSBTIQ vorstellen. Sie vertreten die Stimme und die Interessen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und Queeren und spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung eines offenen, respektvollen und inklusiven Arbeitsumfelds.

Malte Beutner und Stephanie Scholl sind die Ansprechpersonen und beraten bei Krisen oder Konflikten im Arbeitsumfeld, unterstützen bei Einsätzen oder der Sachbearbeitung, bieten Fortbildungen an und halten den Kontakt zur LSBTIQ-Community.

Die Beauftragten für LSBTIQ, Gleichstellung und die Schwerbehindertenvertretung sowie der Personalrat sind wichtige Stützen unserer Organisation. Ihre Arbeit unterstreicht unser Bestreben, eine inklusive und respektvolle Kultur zu schaffen, in der jeder Einzelne seinen Beitrag leisten kann und sich gleichzeitig respektiert und wertgeschätzt fühlt.

Die Polizeidirektion Lüneburg verpflichtet sich, die Rechte und Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten und zu fördern. Durch die Arbeit der Beauftragten und des Personalrates zeigen wir unsere Entschlossenheit, eine Vorreiterrolle bei der Schaffung eines inklusiven und vielfältigen Arbeitsumfeldes zu übernehmen. Dies trägt nicht nur zu einem positiven Arbeitsklima bei, sondern fördert auch die Qualität und Effizienz unserer Arbeit. Es ist ein deutliches Zeichen dafür, dass bei uns jeder willkommen ist und seine individuellen Fähigkeiten und Perspektiven in die gemeinsame Arbeit einbringen kann.



TAG DER VIELFALT IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Am 4. Dezember 2023 fand der erste „Tag der Vielfalt“ unter dem Motto „Wir sind mehr als uniform“ in der Polizeidirektion Lüneburg statt. Nach der Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ markierte die Polizeidirektion Lüneburg als Arbeitgeberin mit dem „Tag der Vielfalt“ nun ihren zweiten Meilenstein, um sich stärker proaktiv für Diversität am Arbeitsplatz einzusetzen.



Polizeipräsident Thomas Ring eröffnete die Veranstaltung mit den Worten:

„Diversität, also die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Menschen, die mit Vor- und Nachteilen, mit Privilegien und Diskriminierungen einhergehen, ist das was uns alle im Einzelnen und in der Gruppe ausmacht.“

Vielfalt geht über optisch wahrnehmbare Merkmale wie Alter, Geschlecht und Hautfarbe hinaus. Sie umfasst auch unsere kulturelle Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, chronische Erkrankungen und Behinderungen, unsere sexuelle Orientierung und sozialen Verhältnisse. Durch Gemeinsamkeiten fühlen wir uns zugehörig, durch Unterschiede werden wir bereichert. Wir müssen Diversität proaktiv fördern, um ein attraktives und zukunftsfähiges Arbeitsumfeld zu schaffen.“

Als prominente Gastrednerin lieferte Ana-Cristina Grohnert, ehemalige Vorsitzende des Vereins „Charta der Vielfalt“ sowie ehemalige Personalvorständin eines großen Versicherungskonzerns, wertvolle Impulse und öffnete den rund 90 Teilnehmenden nicht nur die Augen, sondern sprichwörtlich auch die Köpfe.

Vier weitere Referenten aus den Länderpolizeien Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erzeugten eine besondere Nähe der Teilnehmenden zu den Diversitätsdimensionen ethnische Herkunft und Nationalität, Behinderung sowie Geschlecht und geschlechtliche Identität mit ihren ganz persönlichen Geschichten aus dem Polizeialltag.

Polizeikommissar Jonathan Köhler erzählte über den Prozess seiner Geschlechtsangleichung und die unterstützende Begleitung seines Arbeitgebers Polizei.

Alexander Butz erweiterte die Sicht der Teilnehmenden auf das Thema Diensttauglichkeit trotz Behinderung. Er ist der einzige Polizeibeamte in Deutschland, der mit einer Prothese als uneingeschränkt polizeidiensttauglich gilt.

Darüber hinaus verdeutlichten zwei Kollegen aus Berlin, Atila Yelgin und Oussama Laabich, mit ihren jeweilig unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und durch ihre persönlichen Erlebnisse den Mehrwert von interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit im Einsatzgeschehen der Polizei.



Katrin Jäger führte als Moderatorin durch das Programm und verlieh den Ausführungen der Referierenden an entscheidenden Stellen Nachdruck.

POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Demokratische Resilienz in der Polizei bezeichnet die Fähigkeit, die demokratischen Werte und Normen zu bewahren, zu schützen und zu stärken. Es ist die grundlegende Aufgabe der Polizei, als Garantin für die innere Sicherheit die freiheitliche-demokratische Grundordnung zu leben und zu verteidigen. Dabei sind selbstkritische Auseinandersetzungen mit der eigenen Geschichte und das Verständnis der historischen Ereignisse wesentliche Aspekte.

In der Polizeidirektion Lüneburg gibt es klare Bestrebungen, diese demokratische Resilienz zu fördern und zu stärken. Alle neu zu versetzten Polizistinnen und Polizisten in der PD Lüneburg sind verpflichtet, die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen zu besuchen. Dieser Besuch dient als lebendige Erinnerung an die Gräueltaten der Vergangenheit und als ständige Mahnung, die Rechtsstaatlichkeit und die Werte einer demokratischen Gesellschaft hochzuhalten. Es ist ein essentieller Schritt zur Stärkung der Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Erscheinungen und ein Symbol der Verpflichtung gegenüber den Opfern.

Zudem wurde in der PD Lüneburg und der Stiftung Lager Sandbostel am 22.05.2023 eine wegweisende Kooperationsvereinbarung getroffen. Dieses Ereignis wurde von über 200 Vertretern aus der Polizei, dem Innenministerium sowie der kommunalen Politik begleitet. Die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, betonte in ihrer Rede die Bedeutung der Erinnerungsarbeit: „Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, wir müssen von ihr lernen. Dies gilt für jede und jeden Einzelnen, für die Gesellschaft, für die staatlichen Institutionen. Aus unserer gemeinsamen Historie ist es wichtig, dass das polizeiliche Handeln sich rechtsstaatlich, transparent und bürgernah gestaltet.“

Der Vertrag sieht spezielle historisch-pädagogische Aus- und Fortbildungen vor Ort für die Angehörigen der PD Lüneburg vor. Gemeinsame Veranstaltungen und Forschungsprojekte sollen entwickelt und durchgeführt werden und die Gedenkstätte wird als ein bedeutender Teil der Erinnerungs- und Gedenkkultur Niedersachsens gefördert.

Polizeipräsident Thomas Ring erklärte in seiner Rede die Bedeutung dieser Vereinbarung: „Unsere Gesellschaft darf niemals vergessen, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Orten wie diesen verübt worden sind. Zur Stärkung der Resilienz gegen demokratiegefährdende Einflüsse und der Aufrechterhaltung der demokratischen Werte und Normen ist die Auseinandersetzung mit unserem historischen Erbe unerlässlich. Ich bin stolz auf die heute unterzeichnete Kooperationsvereinbarung der Stiftung Lager Sandbostel und meiner Polizeidirektion und darauf, dass dieser historische Ort nunmehr auch für die Angehörigen der Polizeidirektion Lüneburg ein Ort des Innehaltens, des Lernens und des Austauschs ist“.



Abgerundet wurde das Programm durch einen interaktiven Diversity-Parcours, der die verschiedenen Vielfaltdimensionen im Einzelnen abbildete.



Diese Initiativen der PD Lüneburg zeigen ein klares Bekenntnis zur Förderung der demokratischen Resilienz und zur kontinuierlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte.

Es ist ein Schritt in die Richtung einer starken und widerstandsfähigen Demokratie, die die Grundwerte unserer Gesellschaft bewahrt und schützt.



POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE IN DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

Die Polizei Niedersachsen hat sich in der Strategie, vor dem Hintergrund des stetigen Wandels in der eigenen Organisation und der Umwelt, u.a. folgendes strategisches Ziel gesetzt: „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen“.

Damit wird der demokratischen Resilienz ein fester Stellenwert innerhalb der landesweiten, strategischen Ausrichtung zugeschrieben.

Das strategische Ziel soll dabei zur Stärkung der Demokratiekompetenz aller Kolleginnen und Kollegen der Polizei Niedersachsen beitragen, um insgesamt die Sensibilität im täglichen

Dienstalltag zu schärfen und dadurch extremistische, menschenfeindliche sowie demokratiegefährdende Gesinnungen rechtzeitig wahrnehmen und einer frühzeitigen Befassung zugänglich machen zu können.

So gibt es in den Behörden und Dienststellen Kolleginnen und Kollegen, die sich als sog. Demokratiepäpinnen /-paten besonders mit dem Thema beschäftigen, fortbilden und vor Ort auf den Dienststellen Veranstaltungen organisieren. Sie geben Informationen und pflegen Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteurinnen/ Akteuren, die sich ebenfalls mit demokratie-stärkenden Themen beschäftigen.

Prof. Dr. Dr. mult. h.c. Andreas Voßkuhle - ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichtes und Vorsitzender des Vereins gegen Vergessen - für Demokratie e.V. - dazu:

„Den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ist die Demokratie im besonderen Maße anvertraut. Die Polizei verteidigt nicht nur die demokratische Verfassungsordnung, wenn sie gefährdet ist. Die Polizei vermittelt in ihrem gesamten Auftreten auch die demokratischen Werte unseres Gemeinwesens.“

In der Polizeiinspektion Celle gab es in der Vergangenheit mehrere Fortbildungsveranstaltungen u.a. im Themenfeld Rassismus, bei dem ein Islamwissenschaftler zu diesem Thema referierte, einen Workshop mit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/ Projekt „Kompetenzstelle gegen Antiziganismus (KogA)“ und dem Jungen Forum gegen Antiziganismus.

Diese Zusammenarbeit führte auch zur einem Interview mit dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V. zum Thema „Organisationsentwicklung“. Das DeZim ist die wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte der Säule „Vielfaltgestaltung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Im Weiteren finden für die neuen Kolleginnen und Kollegen der Polizeiinspektion Celle regelmäßige Besuche in der Gedenkstätte Bergen- Belsen und Veranstaltungen mit der jüdischen Gemeinde in Celle statt. Im Rahmen der Netzwerkarbeit wurde auch eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ausgerichtet.

Landkreis Celle **POLIZEIINSPEKTION CELLE**

Einladung von der Polizei Celle und dem Landkreis Celle

Behördeninformationsveranstaltung

Reichsbürger und Selbstverwalter

Am 10.03.23 von 10 Uhr – 14 Uhr

10.03.2023
10.00 - 14.00 Uhr
Landluftwiese, Celle
Haupt-Kristallgasse 1
31221 Celle

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Polizeischutz für die Demokratie“ laden die Polizei Celle und der Landkreis Celle Sie zu einem Vortrag zum Thema „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ein.

Als Referenten konnten Personen vom Landesperdemokratiezentrum Hannover, dem Landesministerialrat Niedersachsen und der Abteilung Staatsschutz der Polizei Celle gewonnen werden.

Es wird über die Reichsbürger und Selbstverwalter im Allgemeinen, die Lage im Land Niedersachsen und in der Region Celle berichtet.

Die Veranstaltung findet ausschließlich im neuen Kreistagsaal statt.



NACHWUCHSGEWINNUNG

WEGE ZUR POLIZEI

Du bist gerade dabei, Dein Abitur bzw. Deine Fachhochschulreife zu absolvieren oder hast Deinen Abschluss bereits in der Tasche?

Dann musst Du folgende allgemeine Voraussetzungen erfüllen:

- Du hast die deutsche Staatsbürgerschaft, die eines anderen EU-Staates, eines Staates aus dem europäischen Wirtschaftsraum oder Du bist im Besitz einer gültigen Niederlassungserlaubnis.
- Du hast sechs Jahre Englischunterricht besucht oder kannst ein Zertifikat über eine abgelegte Prüfung gemäß des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen, Level B 1 (entspricht dem Leistungsstand der Klasse 10, Sekundarstufe 1) vorlegen.
- Du bist gerichtlich nicht bestraft.
- Du bist am Tag der Einstellung nicht älter als 31 Jahre (Ausnahmen sind im Einzelfall möglich).
- Du bist im Besitz der Fahrerlaubnis der Klasse B oder der Prüfbescheinigung Begleitetes Fahren ab 17 (BF17). Vorlage des Nachweises bis spätestens einen Monat vor Einstellung.
- Du hast das Deutsche Schwimmabzeichen Bronze (oder höherwertig). Wir benötigen den Nachweis hierüber spätestens zum Studienbeginn.
- Du bist darüber hinaus gesund und sportlich.

Im Einzelfall sind Ausnahmen möglich. Bitte erkundige Dich bei uns, wenn Du nicht alle Voraussetzungen erfüllst.

Mit Realschulabschluss zur Polizei? Kein Problem! So geht's:

- Stelle Deine Leistungen im Eignungsauswahlverfahren unter Beweis und sichere Dir einen der begehrten Praktikantenverträge.
- Erlange die Fachhochschulreife durch den Besuch der zweijährigen Fachoberschule (FOS) Wirtschaft und Verwaltung (Verwaltung und Rechtspflege). Das Praktikum im Rahmen des Besuchs der Klasse 11 der Fachoberschule absolvierst Du natürlich bei uns.
- Starte anschließend direkt – ohne erneute Bewerbung – in das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen. Du musst lediglich den Sporttest wiederholen und Dich erneut einer medizinischen Überprüfung unterziehen.

Um Dich bewerben zu können, musst Du neben den allgemeinen Voraussetzungen Folgendes mitbringen:

- Realschulabschluss mit einem Gesamtnotenschnitt von mindestens 3,3
- Mindestens die Note 3 in den Fächern Mathematik und Deutsch
- Dein Sozialverhalten muss mindestens mit "entspricht den Erwartungen" beurteilt worden sein.



NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

Der hohe Bedarf an Nachwuchskräften in der PI Celle ist, wie bei vielen anderen Polizeidienststellen auch auf die steigenden Pensionierungszahlen zurückzuführen. Daraus resultierend liegt ein Fokus im Bereich der effektiven Nachwuchsgewinnung. Die jungen Menschen der Generation „Z“ legen Wert darauf, sich im Beruf verwirklichen zu können. Gleichzeitig ist ihnen aber auch eine gute Work-Life-Balance wichtig.

Die positiven Aspekte des Polizeiberufes liegen dabei auf der Hand: eine sinnstiftende, verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Tätigkeit, der Umgang mit Menschen, Teamarbeit für die Einsatzbewältigung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Aufstiegs- und Spezialisierungsmöglichkeiten und eine leistungsgerechte Bezahlung motivieren viele junge Menschen, sich zu bewerben. Die hohen Einstellungszahlen spiegeln diese Attraktivität dieses Berufes wider.

Zum dreijährigen Bachelorstudium an der Polizeiakademie Niedersachsen gehören mehrmonatige Praxismodule, die auch in den verschiedenen Dienststellen der PI Celle absolviert werden können. Hierdurch sollen die Studierenden frühzeitig auf ihre spätere Tätigkeit im Einsatz- und Ermittlungsdienst vorbereitet werden, sodass sie nach Abschluss ihres Studiums unsere Polizeiinspektion zum 01.04. oder 01.10. des Jahres verstärken können.

Auch Schulpraktika werden bei der Polizeiinspektion Celle angeboten. In einem einwöchigen Praktikum bekommen Schülerinnen und Schüler einen Einblick in den Alltag des Polizeiberufes

In Sachen Nachwuchsgewinnung laufen bei der Polizeiinspektion Celle die Fäden bei Kristina Jost zusammen. Sie koordiniert als Sachbearbeiterin Aus- und Fortbildung die Einsätze der Praktikanten und Bachelor. Außerdem leitet sie das Team Nachwuchsgewinnung, zu dem auch die Einstellungsberaterinnen und Einstellungsberater der Polizeiinspektion Celle gehören. Diese führen jährlich eine Vielzahl an Veranstaltungen und Nachwuchswerbemaßnahmen durch. Hierbei geben sie den interessierten jungen Menschen alle notwendigen Infos zum Berufseinstieg.



Ansprechpartnerin für Aus- und Fortbildung bei der Polizeiinspektion Celle

Kristina Jost, Polizeioberkommissarin

Festnetz 05141 277-105
E-Mail postfach-auf@pi-ce.polizei.niedersachsen.de

DAS AUSWAHLVERFAHREN

Prüfung deiner Bewerbung

Im ersten Schritt des Auswahlverfahrens prüfen wir, ob Du alle nötigen Voraussetzungen für eine Bewerbung bei uns erfüllst und ob Deine Unterlagen vollständig sind. Bitte achte darauf, alle notwendigen Unterlagen hochzuladen. Falls Du Dich schriftlich bewirbst, beachte unsere Checkliste auf der Website. Das vermeidet zusätzliche Arbeit, Kosten und wir können Dich zeitnah für unseren ersten Testabschnitt einladen.

Nach Eingang Deiner Bewerbung senden wir Dir zeitnah eine Bestätigung über den Eingang dieser zu.

1. Testtag - Der computergestützte Eignungstest

Der nächste Schritt auf Deinem Weg zur Polizeikommissaranwärterin, bzw. zum Polizeikommissaranwärter ist ein computergestützter Eignungstest.

Wichtig zu wissen:

Es handelt sich um einen reinen Computertest.

Geprüft werden u.a. Sprach- und Ausdrucksvermögen, Denkaufgaben, Problemlösungsaufgaben, Zahlenreihen, Gedächtnisübungen, Postkorbübung, Rechtschreibung

Dauer: ca. 4 1/2 Stunden (inkl. Pause).

Um dich optimal auf den computergestützten Eignungstest vorzubereiten, empfehlen wir Dir, an unserem Online-Coaching teilzunehmen.

1. Testtag - Die Sportprüfung

Im Rahmen der Sportprüfung möchten wir feststellen, ob Du den besonderen körperlichen Anforderungen des Polizeivollzugsdienstes genügt.

Der Sporttest setzt sich aus insgesamt 6 Prüfungsmodulen zusammen.

- Kasten-Bumerang-Test
- Farmers Walk
- Personenrettung
- Jump & Reach
- Waffenhandhabung
- 3.000-Meter-Lauf



2. Testtag - Das strukturierte Interview

Wenige Wochen nach dem computergestützten Eignungstest und der Sportprüfung findet Dein Auswahlgespräch statt, welches in Form eines Strukturierten Interviews durchgeführt wird.

Eine Auswahlkommission wird in einem Gespräch mit Dir beurteilen, ob Du für den Polizeiberuf geeignet bist. Hierfür möchten wir u.a. Deine Fähigkeiten in Bereichen wie Kontaktverhalten, Berufsmotivation/Einstellung zum Beruf, Sozialverhalten, emotionale Stabilität oder auch Eigeninitiative feststellen und bewerten. Das Interview wird etwa 45 – 60 Minuten dauern. Bitte wundere Dich nicht, wenn das Interview etwas anders verläuft, als Du es erwartest. Die Kommission hat sich intensiv auf die Auswahlgespräche vorbereitet und sich bereits im Voraus für bestimmte Fragen entschieden, die dann im Verlauf des Interviews gestellt werden. Das Interview wirkt dadurch ggf. etwas strenger als ein frei geführtes Gespräch.

Der Ablauf

Das Interview beginnt mit Deiner Selbstvorstellung und einigen Nachfragen zu Deinem Berufswunsch und Deinem Lebensweg. Im Anschluss daran werden Dir mehrere Fragen gestellt, die sich auf Dein bisheriges Leben (Deine Biographie) beziehen. Wir werden Dich jeweils bitten, ein ganz konkretes, für Dich typisches Beispiel zu nennen, das Du tatsächlich erlebt hast. Beschreibe Dein damaliges Verhalten so genau wie möglich. Es ist hier besonders wichtig, dass Du ein ganz konkretes Beispiel nennst und nicht, wie Du Dich im Allgemeinen verhältst.

Nach den biographischen Fragen folgen die situativen Fragen. Bei diesen Fragen wirst Du aufgefordert, Dich in die Rolle eines Polizisten/einer Polizistin zu versetzen, der/die eine vorgegebene Situation bewältigen muss. In diesem Teil ist es sehr wichtig, dass Du Schritt für Schritt beschreibst, wie Du Dich in dieser Situation verhalten würdest.

Nach dem Strukturierten Interview erhältst Du vorbehaltlich der medizinischen Eignung eine Einstellungszusage bei Deiner Wunschbehörde.

2. Testtag - Die polizeiärztliche Untersuchung

Die medizinischen Unterlagen schicken wir Dir per Mail vorab. Der Termin für die medizinische Untersuchung und das strukturierte Interview wird Dir je nach Kapazität am jeweiligen Standort zugesandt.

Die Untersuchung findet bei einem der sechs Medizinischen Dienste statt und dauert ca. 4 -5 Stunden. Geprüft wird, ob Du den besonderen gesundheitlichen Anforderungen des Polizeidienstes genügt.

Deine medizinischen Unterlagen bringst Du bitte am Tag der Untersuchung mit. Der Hausarztbogen und die Selbstauskunft sind zwingend am Untersuchungstag vorzulegen.

Es ist nicht erforderlich, nüchtern zum Untersuchungstermin zu erscheinen. Das Trinken von Wasser im Vorfeld ist sogar ausdrücklich erwünscht.

Bring Dir außerdem etwas zum Frühstück bzw. Mittagessen mit.



MEIN WEG ZUR POLIZEI – ERFAHRUNGSBERICHT EINES FACHOBERSCHÜLERS

Mein Name ist Yannik M., ich bin 20 Jahre alt und studiere derzeit im 2. Studienjahr an der Polizeiakademie in Oldenburg.

Der Wunsch, den Polizeiberuf zu ergreifen, bestand im Inneren bereits seit der weiterführenden Schule. Dort habe ich in der 9. Klasse ein freiwilliges Praktikum bei der Polizei in den Herbstferien absolviert.

Ab diesem Zeitpunkt war mir klar, dass dies mein zukünftiger Beruf werden soll. Ich informierte mich mehr und mehr über den Beruf und über die Einstellungsvoraussetzungen, sodass ich mich dazu entschied, mich als Fachoberschüler mit einem Realschulabschluss bei der Polizei zu bewerben.

Nach ungefähr 2 Wochen bekam ich bereits eine Einladung zum computergestützten Auswahlverfahren und den sportlichen Eignungstest in Hann. Münden. An der Polizeiakademie in Hann. Münden angekommen, durften wir uns schon an unseren Platz vor den PC setzen. Im anschließenden Test wurde vor allem die Merkfähigkeit, Rechtschreibung, wie auch das Arbeiten unter Zeitdruck geprüft.

Als ich diesen Teil des Auswahlverfahrens bestanden hatte, gab es eine Mittagspause und den anschließenden Sporttest. In meinem Fall beinhaltete dieser das Laufen von 5 km in maximal 29 Minuten. Auch diese Hürde konnte ich erfolgreich meistern.

3 Tage später bekam ich eine Einladung zum Auswahlgespräch in Lüneburg. Dies fand genau 7 Tage nach meinen Tests in Hann. Münden statt. Dort wurde meine Persönlichkeit, wie auch meine mentale Polizeitauglichkeit geprüft. Als das Gespräch beendet war, durfte ich mich draußen im Flur hinsetzen und auf das Ergebnis warten. Nach kurzer Zeit bekam ich auch schon die Mitteilung, dass ich auch diesen Test bestanden habe. Nun fehlte mir nur noch der medizinische Test. Diesen durfte ich ein paar Wochen später in Braunschweig absolvieren. Auch hier bekam ich ein positives Ergebnis.

Am 03.08.2020 war es dann soweit. Ich durfte mein Praktikum bei der Polizei als Fachoberschüler beginnen. Das Praktikum ist Inhalt der 11. Klasse der berufsbildenden Schulen im Bereich Verwaltung und Rechtspflege.

Dort sind eine bestimmte Anzahl an Praktikumsstunden zum Erlangen der Fachhochschulreife, welche für das Studium benötigt wird, vorgeschrieben. Am ersten Tag wurden die anderen Fachoberschüler und ich von unserer Aus- und Fortbildung begrüßt und auf der Dienststelle herumgeführt.

Ab dem nächsten Tag durfte ich dann mein Praktikum im Einsatz- und Streifendienst beginnen. Im weiteren Verlauf meiner Praktikumszeit durfte ich außerdem noch in die Arbeit der Kriminalpolizei, der Verfügungseinheit und der Polizeistation hineinschnuppern.

Ein Jahr später habe ich die 11. Klasse beendet und wurde in die 12. Klasse versetzt.

Ab dem Zeitpunkt war das Praktikum beendet und somit belief sich die Unterrichtszeit auf 5 Tage die Woche.

Im Januar 2022 bekam ich eine Einladung zum 2. Medizinischen Test und im April 2022 musste ich die Sportprüfung noch einmal absolvieren.

Im Mai 2022 wurde mir dann der Studienstandort Oldenburg zugewiesen.

DAS PRAKTIKUM:

POLIZEIINSPEKTION
LÜNEBURG/
LÜCHOW-DANNENBERG/
UELZEN

VORAUSSETZUNGEN:

- ☑ Mindestalter 15 Jahre
- ☑ mindestens Realschulniveau, ab Klasse 9
- ☑ Schulnoten 3 (befriedigend) in Mathe und Deutsch
- ☑ Notendurchschnitt bis 3,2
- ☑ Arbeits- und Sozialverhalten entspricht den Erwartungen (Zeugnis)
- ☑ keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen (z. B. Asthma, Diabetes)
- ☑ keine Vorstrafen

Für interessierte Praktikanten/-innen außerhalb der Schule gelten die Bewerbungsvoraussetzungen zum Studium an der Polizeiakademie!

polizei-studium.de
POLIZEI, NIEDERSACHSEN, KARRIERE

EINZUREICHENDE UNTERLAGEN:

- ☑ Formelles Anschreiben (Vorstellung der Person und Grund der Bewerbung)
- ☑ Tabellarischer Lebenslauf mit Foto und E-Mail-Adresse
- ☑ Kopie des letzten Zeugnisses

Das Praktikum kann maximal für zwei Wochen und dann maximal 12 Monate im Voraus ermöglicht werden – nach Absprache auch in der Ferienzeit.

➔ Kontakt / Bewerbungsunterlagen versenden an:

Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
Christopher Leske, Polizeihauptkommissar
– Sachbereich Ausbildung –
Auf der Hude 1
21339 Lüneburg

Telefon: 04131 8306-2415
ausbildung@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Die Abschlussprüfungen zum Erwerb der Fachhochschulreife standen außerdem im Mai 2022 an. Das Abschlusszeugnis wurde im Juni 2022 ausgehändigt. Im Sommer stand die Vorbereitung auf das Studium, wie auch die Wohnungssuche, an. Die Suche nach einer passenden Wohnung konnte ich problemlos über andere Studierende von der Akademie abschließen. Dafür haben wir im Voraus einen Zugang zu einem polizeiinternen Netzwerk bekommen.

Am 4.10.2022 begann dann mein Studium an der Polizeiakademie. Am ersten Tag wurden wir von der Studienstandortleitung begrüßt. Anschließend wurden wir in verschiedene Studiengruppen eingeteilt und in einen anderen Raum gebeten. Hier folgte dann eine Einweisung in die Verhaltensweisen am Studienstandort.

Im Laufe des ersten Jahres standen dann Prüfungen in allen Grundlagenfächern an. Aber auch die Fertigungsprüfungen in den Bereichen Allgemeine Fitness, Abwehr- und Zugriffstechniken, wie auch Schießtraining, wurden ausgeführt.

Durch das Praktikum als Fachoberschüler kannte ich bereits viele Themen, wodurch mir der Einstieg in das Studium relativ leichtfiel.

Nachdem alle Prüfungen absolviert wurden, begann schon das 3-monatige Praktikum im Einsatz- und Streifendienst. Im Gegensatz zum Praktikum in der Fachoberschule, durfte ich diesmal mit meinem Anleiter alleine fahren und selbst polizeiliche Maßnahmen treffen.

Auch hier hatte ich durch mein vorheriges Praktikum einige Vorteile. Dadurch, dass ich mir bereits bei anderen Kollegen eine Menge abgucken konnte, hatte ich schon in den ersten Tagen ein wenig mehr Handlungssicherheit.

Nach diesem Praktikum stand die Hausarbeit an. Diese bestand in meinem Fall aus 15 Seiten und beinhaltete das Thema „Effektive Auslesemethoden an Kraftfahrzeugen aus polizeilicher Perspektive: Analyse, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven“.

Nach Abgabe ging es dann zu meinem jetzigen Praktikum in die Ermittlung. Hier bin ich zur Zeit im 6. Fachkommissariat in der Jugendsachbearbeitung.

In Zukunft stehen noch zwei schriftliche Leistungen, wie auch die Bachelorarbeit und die Verteidigung dieser an. Diese müssen noch erfolgreich absolviert werden, um das Studium zu bestehen.



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Steigende Gesamt-Fallzahlen, erneute Steigerung der Aufklärungsquote, Wohnungseinbruchdiebstähle wieder gestiegen, so das Resümee der PKS 2023 in der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Entwicklung der Kriminalität wird in Niedersachsen, wie in jedem anderen Bundesland auch, anhand einer Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beobachtet. Die darin erhobenen Daten dienen dazu, Erkenntnisse für vorbeugende und verfolgende Kriminalitätsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen zu erlangen.

Bei der PKS handelt es sich um eine reine Hellfeldstatistik. Es werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich strafbewehrter Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft. Ausgenommen von der Erfassung sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte, direkt bei den Staatsanwaltschaften angezeigte Straftaten sowie Delikte, die nicht in die Bearbeitungszuständigkeit der Polizei fallen (z.B. Finanz- und Steuerdelikte).

Der Aktualität der PKS und der Abbildung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs in der PKS sind insofern Grenzen gesetzt. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Straftaten, die der Polizei nicht bekannt geworden sind, nicht abgebildet werden können (sog. Dunkelfeld). Der tatsächliche Kriminalitätsumfang liegt also höher als die Angaben in der PKS. Im Gegenzug kann es aber z.B. durch ein verstärktes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine gesteigerte Verfolgungs-

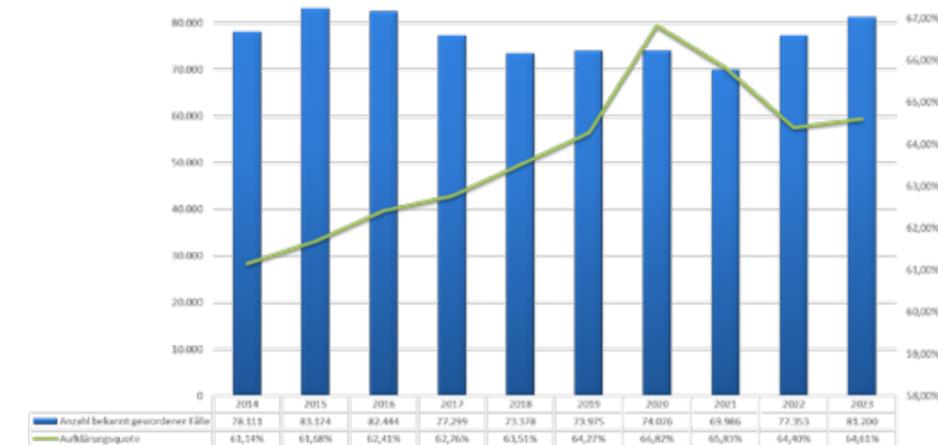
intensität der Polizei in einzelnen Deliktsbereichen auch zu Hell- / Dunkelfeldverschiebungen kommen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in der PKS zur Folge haben, ohne dass eine Änderung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs stattgefunden hat.

Die PKS wird durch das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Basis der aus den einzelnen Polizeidienststellen zugelierten Daten zu Deliktsarten, Umfang und Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen erstellt und jährlich veröffentlicht. Neben der PKS für das Land Niedersachsen insgesamt wird diese zusätzlich auf Ebene der Polizeidirektionen und der Polizeiinspektionen ausgewertet. Auch innerhalb des laufenden Jahres erfolgt ein stetiges Monitoring, um Veränderungen in der Kriminalitätsentwicklung zeitnah zu erkennen und das polizeiliche Handeln entsprechend anzupassen.

Die Gesamtzahl der im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg erfassten Straftaten ist für das Berichtsjahr 2023 um 4,97% auf 81.200 gestiegen (2022: 77.353). Die Entwicklung liegt somit leicht unterhalb des landesweiten Trends (+5,57%).

Die Aufklärungsquote lag 2023 bei 64,61% und hat sich gegenüber dem Jahr 2022 (64,40%) leicht verbessert. Die PD Lüneburg hat damit die zweithöchste Aufklärungsquote in Niedersachsen (Landesdurchschnitt 62,51%).

LANGZEITVERGLEICH GESAMT-FALLZAHL UND AUFKLÄRUNGSQUOTE



Deliktsbereiche im Detail

Im Folgenden werden ausgewählte Deliktsbereiche näher dargestellt, die einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit bilden.

Straftaten gegen das Leben

Mit Straftaten gegen das Leben sind die Delikte Mord und Totschlag gemeint. Hierzu zählt auch der Versuch eines Mordes oder Totschlags. Im Jahr 2023 sind insgesamt 60 derartige Straftaten im Gebiet der PD Lüneburg erfasst worden (2022: 91 Fälle). Die Aufklärungsquote liegt bei 90,00%. Dies zeigt deutlich mit welcher Ermittlungsintensität und mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem der Polizeiinspektionen sich der Aufklärung dieser Taten widmen.

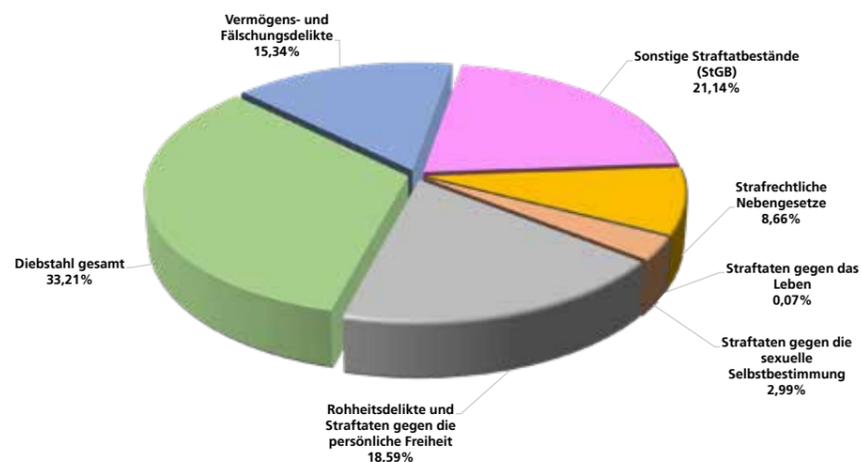
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten gab es im Gesamtbereich der PD Lüneburg einen Anstieg von 25,71 % auf 2.430 Taten (2022: 1.933). Von den 2.430 Taten fallen 1.365 Taten auf den Bereich „Verbreitung pornografischer Inhalte, insbesondere Verbreitung/Besitz von kinderpornografischen Inhalten“. Die Aufklärungsquote liegt bei 92,59% und ist im Vergleich zum Vorjahr (90,84%) gestiegen.

Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten sind Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zu verstehen. Die Zahl der Rohheitsdelikte stieg im Vergleich zum Vorjahr um 812 auf 15.094 Fälle an (2022: 14.282). Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote bei 90,90% (2022: 91,07%). Den größten Anteil stellen dabei weiterhin die Körperverletzungsdelikte, die um 3,59% auf 9.320 (2022: 8.997) Fälle anstiegen.

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PD LÜNEBURG NACH DELIKTSARTEN



Häusliche Gewalt

Im Jahr 2023 gab es insgesamt 4.411 Fälle der häuslichen Gewalt. Dies stellt erneut eine deutliche Zunahme im Vergleich zum Vorjahr dar (2022: 4.133). Rund 60% der Taten sind der partnerschaftlichen Gewalt zuzuordnen. Es gab 4.082 Opfer der häuslichen Gewalt (ca. 30% männlich, ca. 70% weiblich), wovon 14% zur Tatzeit minderjährig waren. Die meisten Opfer lebten zur Tatzeit mit dem Täter/der Täterin in einer bestehenden Partnerschaft/Ehe.

Gleichwohl ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten aufgrund emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten nicht angezeigt werden.

Diebstahl / Wohnungseinbruchdiebstahl

Im Jahr 2023 stellten die Diebstähle prozentual die größte Deliktsgruppe dar. Abermals stieg ihre Zahl um 10,49% auf 26.967 (2022: 24.407) Straftaten.

Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist im Vergleich zu 2022 (1.099) um 227 Fälle auf 1.326 gestiegen. Im Jahr 2023 blieb es von diesen Fällen 565-mal beim Versuch des Wohnungseinbruchdiebstahls.

Die Aufklärungsquote liegt in diesem sehr ermittlungssensitiven Deliktsfeld bei 20,74% (2022: 27,93%).

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten gab es im Vergleich zu 2022 (12.222) eine weitere Zunahme auf 12.455 Taten. Den wesentlichsten Anteil an der Gesamtzahl haben weiterhin die Betrugsdelikte mit 9.379 Fällen.

Cybercrime/Internetkriminalität

Die Straftaten mit dem „Tatmittel Internet“ sind im Vergleich zu 2022 (4.721) um 6,97% auf 5.050 Fälle gestiegen. Im Zusammenhang mit dem „Tatmittel Internet“ ist vor allem im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ein enormer Anstieg von 50,41% zu verzeichnen. Der Anstieg liegt überwiegend im Bereich „Verbreitung pornografischer Inhalte“.

Im Hinblick auf Hasskriminalität im Internet sind in den vergangenen Jahren weiterhin diverse Informations- und Präventionskampagnen durchgeführt worden, die ein vermehrtes Anzeigeverhalten der Opfer zur Folge hatten. Die öffentliche Wahrnehmung und die konsequentere strafrechtliche Verfolgung der entsprechenden Straftatbestände sind als weiterer Grund anzusehen.

Im Bereich der Computerkriminalität ist vor allem im Bereich des Waren- und Warenkreditbetruges ein Rückgang zu verzeichnen.

Phänomenbetrachtung „Falsche Polizeibeamte“

Bei der Betrachtung des Phänomenbereiches „Falsche Polizeibeamte“ ist ein Rückgang der Fallzahlen festzustellen. Seit Erfassung der Daten im Jahr 2020 befinden sich diese mit 69 Taten im Jahr 2023 auf dem niedrigsten Stand. Der Höchststand in 2020 lag bei 272 Taten.

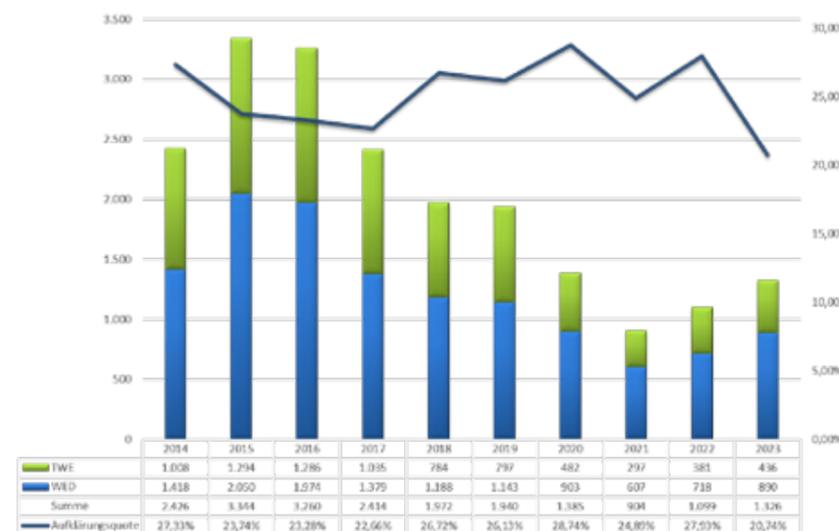
Im Vergleich zu 2022 gab es bei Betrachtung aller Callcenter-Betrugsdelikten einen Rückgang von 201 (2022) auf 149 Taten. 74 Taten blieben im Versuch, während 75 Taten

vollendet wurden. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass vor allem in diesem Deliktsfeld eine gewissen „Tatort-Problematik“ besteht, da die Tatorte häufig nicht in Deutschland sind und somit nicht wirksam für die Polizeiliche Kriminalstatistik sind.

Fazit von Polizeipräsident Thomas Ring

„Der Anstieg der gesamten Fallzahlen kann u.a auf eine erhöhte Mobilität, wirtschaftliche und soziale Belastungen sowie mit Migrationsbewegungen einhergehende Faktoren zurückgeführt werden. Die Polizeidirektion Lüneburg konnte dennoch in mehr als 64 von 100 Fällen Tatverdächtige ermitteln. Das ist nach wie vor eine hervorragende Quote. Auch der Langzeitvergleich macht deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Polizei verlassen können. Wir leben in einer sicheren Region. Dass wir unsere Aufklärungsquote im Vergleich zum Vorjahr nochmal steigern können, macht mich ganz besonders stolz. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitenden für ihr außerordentliches Engagement bedanken. Wir wissen aber auch um unsere Pflicht. Wir dürfen vor allem im Bereich der Präventionsarbeit zur Verhinderung weiterer Straftaten oder in der akribischen Tatortarbeit zur Ermittlung der Täterschaften vor allem im Bereich der gestiegenen Wohnungseinbruchdiebstähle nicht nachlassen. Wir werden uns weiterhin mit großem Engagement für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Nordosten Niedersachsens einsetzen!“

LANGZEITVERGLEICH WOHNUNGSEINBRÜCHE (FÄLLE UND AUFKLÄRUNGSQUOTE)



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2023 DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

Auch im Jahr 2023 war die Polizei im Landkreis Celle wieder stark gefordert. Einsatz- und Versammlungslagen sowie umfangreiche Ermittlungsvorgänge stellten die Kolleginnen und Kollegen vor viele Herausforderungen. Dazu wurden auch erstmals wieder in Stadt und Landkreis Celle spezielle Kontaktbereichsbeamten und -beamtinnen eingesetzt. Diese ergänzen die polizeilichen Aufgaben durch besondere Präsenz und Nähe zur Bevölkerung. Der Leiter der Polizeiinspektion Frank Freienberg freut sich, dass die Bevölkerung diesen Einsatz der sogenannten „Kobs“ so positiv annimmt. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche die Statistik der Jahre 2021 und 2022 beeinflussten, sind in diesem Jahr nicht mehr erkennbar. Sehr zufrieden ist Frank Freienberg auch mit der hohen Aufklärungsquote von 67,70%. Mit diesem Wert liegt die erreichte Aufklärungsquote in der Polizeiinspektion Celle oberhalb des Landeswertes und stellt den höchsten Wert im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg dar. Positiv bewertet er auch, dass die Fallzahlen entgegen den Trends der Polizeidirektion Lüneburg und des Landes im Landkreis Celle leicht rückläufig sind. Die Menschen im Landkreis leben im Landkreis Celle aus Sicht der Kriminalstatistik sicher.

Allgemeine Infos zur polizeilichen Kriminalstatistik

Die PKS ist eine sogenannte Ausgangsstatistik, das heißt, sie erfasst alle der Polizei bekannt gewordenen und endbearbeiteten Straftaten. Nicht erfasst werden Staatsschutzdelikte, Verkehrsdelikte sowie Straftaten, die außerhalb Deutschlands verübt wurden. Die PKS dient der Beobachtung der Kriminalität im Ganzen sowie einzelner Deliktsarten. In diesem Bericht zur Kriminalstatistik werden, wie in den Jahren zuvor, wieder mehrere einzelne und bedeutsame Deliktsbereiche detaillierter aufgezeigt.

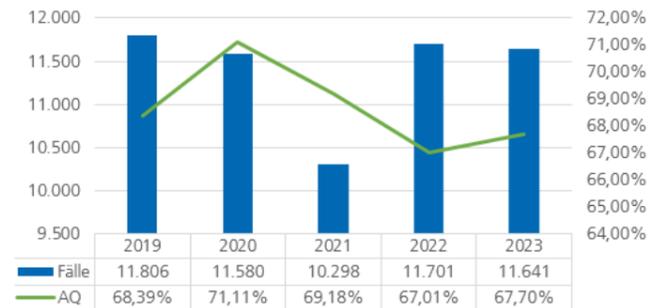
Kriminalitätsentwicklung

Die Anzahl der registrierten Straftaten ist im Bereich der Polizeiinspektion Celle im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (2023: 11.641 registrierte Straftaten, 2022: 11.701 registrierte Straftaten), liegt aber noch leicht über dem zehnjährigen Mittelwert von 11.535 registrierten Straftaten.

Kriminalitätsbelastung

Je höher die Häufigkeitszahl, desto mehr Kriminalität wird in einem Bereich registriert. Die Häufigkeitszahl bezeichnet das relative Vorkommen eines Ereignisses oder eines Merkmals in Bezug zu der jeweils gewählten Bevölkerungsgruppe. Die Häufigkeitskennzahl in der Polizeiinspektion Celle liegt auf dem Wert von 6396 pro 100.000 Einwohnerinnen/Einwohner (2022: 6504) und liegt damit unter dem Niveau des Landes Niedersachsen gesamt (6796). Die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist somit gesunken.

Fallzahlen und Aufklärungsquote 2023



Aufklärungsquote

Mit einem Wert von 67,70 Prozent (2022: 67,01 Prozent) liegt die erreichte Aufklärungsquote in der Polizeiinspektion Celle oberhalb des Landeswertes (62,51 Prozent) und stellt den höchsten Wert im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg dar.

Straftaten gegen das Leben

Die Anzahl der registrierten Tötungsdelikte (dazu zählen auch Versuchstaten) ist von 18 (2022) auf 7 gesunken.

Sexualdelikte

Die Anzahl von Sexualdelikten stieg insgesamt auf 410 Straftaten an (2022: 294). Hierbei ist es besonders zum Anstieg bei der Verbreitung pornografischer Inhalte (Erzeugnisse) gekommen, Hintergrund sind sogenannte NCMEC-Verfahren (National Centre for Missing and Exploited Children). Dabei handelt es sich um eine US-amerikanische Organisation, die Fälle von vermissten oder ausgebeuteten Kindern bearbeitet. Diese Verdachtsfälle von Kinderpornografie werden an das Bundeskriminalamt (BKA) gemeldet und zu weiteren Ermittlungen an die Länder übergeben. „Die weitere Zunahme von Straftaten durch Verbreitung pornografischer (Kinder- und Jugendpornografie) Inhalte ist auch im Landkreis erschreckend hoch. Die Polizei wird die Ermittlungen weiter intensivieren und die Täterschaft ermitteln. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.“, so Frank Freienberg

Rohheitsdelikte

Zu diesen zählen Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Insgesamt registrierte die Polizei Celle 2456 Rohheitsdelikte (2022: 2397), somit ist hier, wie bereits im Vorjahr, ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Straftaten mit Messer

Im Gegensatz zum Landestrend kommt es bei der Polizei Celle nicht zu einem Anstieg von Straftaten, bei welchen ein Messer genutzt worden ist. Insgesamt sind 2023 60 Delikte registriert

worden, bei welchen eine Stichwaffe zum Einsatz gekommen ist. Dies ist ein Rückgang von 14 Taten im Vergleich zum Vorjahr.

Häusliche Gewalt

Es sind insgesamt 806 Fälle von häuslicher Gewalt erfasst worden, was einen Anstieg um einen Fall im Vergleich zu 2022 bedeutet. Nach wie vor gibt es ein großes Dunkelfeld in diesem Bereich, da die meisten Taten hinter verschlossenen Türen stattfinden und oft nicht zur Anzeige kommen. Der Polizei Celle ist ausdrücklich daran gelegen, dass Opfer Mut und Vertrauen fassen und Gewalt im häuslichen Bereich zur Anzeige bringen. Nur so können Betroffene, vor allem Kinder und Jugendliche, gemeinsam mit den Partnerinstitutionen (Staatsanwaltschaft, Stiftung Linerhaus, Justizsozialdienst, Jugendämter, Polizei und Beratungs- und Interventionsstelle Celle) nachhaltig geschützt und beraten werden. „Rohheitsdelikte im Zusammenhang mit partnerschaftlicher und familiärer Gewalt (Häusliche Gewalt) werden von uns intensiv verfolgt. Opfer derartiger Gewalt sollen sich bitte an die Polizei und/oder Hilfseinrichtungen wenden. Häusliche Gewalt ist keine „private Angelegenheit“, sondern stellt Straftaten dar.“, so Frank Freienberg.

Jugendkriminalität

Der Trend der steigenden Tatverdächtigen von Kindern (- unter 14 Jahre) und Jugendlichen (14-18 Jahre) in der Polizeiinspektion Celle hat sich leider fortgesetzt. Nachdem im Jahr 2022 noch insgesamt 768 tatverdächtige Kinder und Jugendliche registriert worden sind, waren es in 2023 bereits 850. Auffällig ist hier eine Zunahme von 57 Kindern, welche als tatverdächtig geführt wurden. Dazu PD Frank Freienberg: „Die Anzahl von unter 14-jährigen Tatverdächtigen hat sich in nahezu sämtlichen Deliktsbereichen deutlich erhöht. Dabei spielen leider auch Rohheitsdelikte eine Rolle. Die Polizei Celle führt u.a das Präventionsprojekt „Wir sind stark“ für Kinder im Altersbereich von 12 - 14 Jahren durch. Das Programm mit den Schwerpunkten Zivilcourage und Anti-Gewalt beinhaltet auch viele Sozialtrainingseinheiten. Es wird von Polizei und Schule gemeinsam durchgeführt.“

Cybercrime

Die Taten mit „Tatmittel Internet“ haben insgesamt um 72 Taten zugenommen. Die Zunahmen bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung liegt ausschließlich im Bereich „Verbreitung pornografischer Schriften“. Die Steigerung der Fallzahlen ergibt sich im Wesentlichen aus Zunahmen in den Deliktsfeldern Verbreitung/Besitz kinderpornografischer Inhalte (+100 Taten) und sexuellen Missbrauch von Kindern (+4) bzw. Jugendlichen (+5 Taten). Dem gegenüber steht ein Rückgang bei Vergewaltigung / sonstige sexuelle Nötigung um -13 Taten. Unter den Rohheitsdelikten sind Bedrohungen, Nachstellungen und Nötigungen ursächlich für die angestiegenen Fallzahlen. Eine intensiviertere Strafverfolgung in den sozialen Medien dürfte hierzu beigetragen haben. Die

Aufklärungsquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 88,42% gesunken. Unter der Computerkriminalität sind die Deliktsfelder Betrug mittels rechtswidrig erlangter Debit-Karten mit PIN, Betrug mit Zugangsberechtigung zu Kommunikationsdiensten/Fälschung beweisbarer Daten, Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung, Datenveränderung/Computersabotage, Ausspähen/Abfangen von Daten einschl. Vorbereitungshandlungen und Softwarepiraterie mittels private Anwendungen und in Form gewerbsmäßigen Handelns zusammengefasst. Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr um -10,78% (-22 Taten) gesunken. Die Aufklärungsquote stieg um +3,79%-Punkte auf 53,30%.

Wohnungseinbruchdiebstahl

Bei den Wohnungseinbruchdiebstahl-Taten kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang um -15 Taten. Die erfassten 144 Taten liegen deutlich unter dem langjährigen Mittelwert vor 2021 (für die Jahre 2014-2020 liegt der Mittelwert bei 267 Taten). Der Versuchsanteil liegt bei 47,22% (68 Taten) und ist somit zum Vorjahr (36,48%) gestiegen. Dies könnte zum einen daran liegen, dass die Taten durch weniger professionelle Täter begangen wurden. Zum anderen dürften sich potentielle Geschädigte oder aufmerksame Nachbarn häufiger zu Hause aufgehalten haben und die Täter bei Tatausführung gestört wurden. Dass immer mehr Einbrüche im Versuchsstadium stecken bleiben ist der erfolgreichen Präventionsarbeit im Bereich Einbruchschutz zu verdanken. Hier wird auch deutlich, dass technische Sicherungen an Wohneigentum, über die unsere Beauftragte für Kriminalprävention, Cosima Bauer, regelmäßig berät, in Kombination mit der Spezialisierung der Ermittlerinnen und Ermittler, sich langfristig auszahlen. Die Beratungsangebote gelten im Übrigen nicht nur für Privathäuser, sondern auch für Firmen, Geschäftsräume und öffentliche Einrichtungen. Je schwerer dem Einbrecher das Eindringen gemacht wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er von der Tat absieht!

Taschendiebstahl

Nachdem im Jahr 2022 ein neuer Höchstwert von 184 Taten bekannt geworden ist, kann im Jahr 2023 ein Rückgang um 40 Taten verzeichnet werden. Neben den klassischen Taschendiebstählen kommt es in Vergangenheit auch immer wieder zu Diebstählen aus Handtaschen etc., welche während des Einkaufes im Einkaufswagen abgelegt und unbeobachtet waren. Auch hier ist es zu einem Rückgang um 19 Taten auf 36 Taten gekommen.

Rauschgiftdelikte

Die Delikte im Zusammenhang mit Rauschgift sind nach einem Stand von 524 Taten im Jahr 2023 auf 661 Taten gestiegen. Hier ist ein deutlicher Anstieg auf 529 festgestellten Taten im Bereich des Anbaus und Handelns, gem. §29 BtmG, festzustellen. Dieser Anstieg spricht deutlich für die polizeiliche Präsenz und regelmäßig durchgeführte Kontrollen.



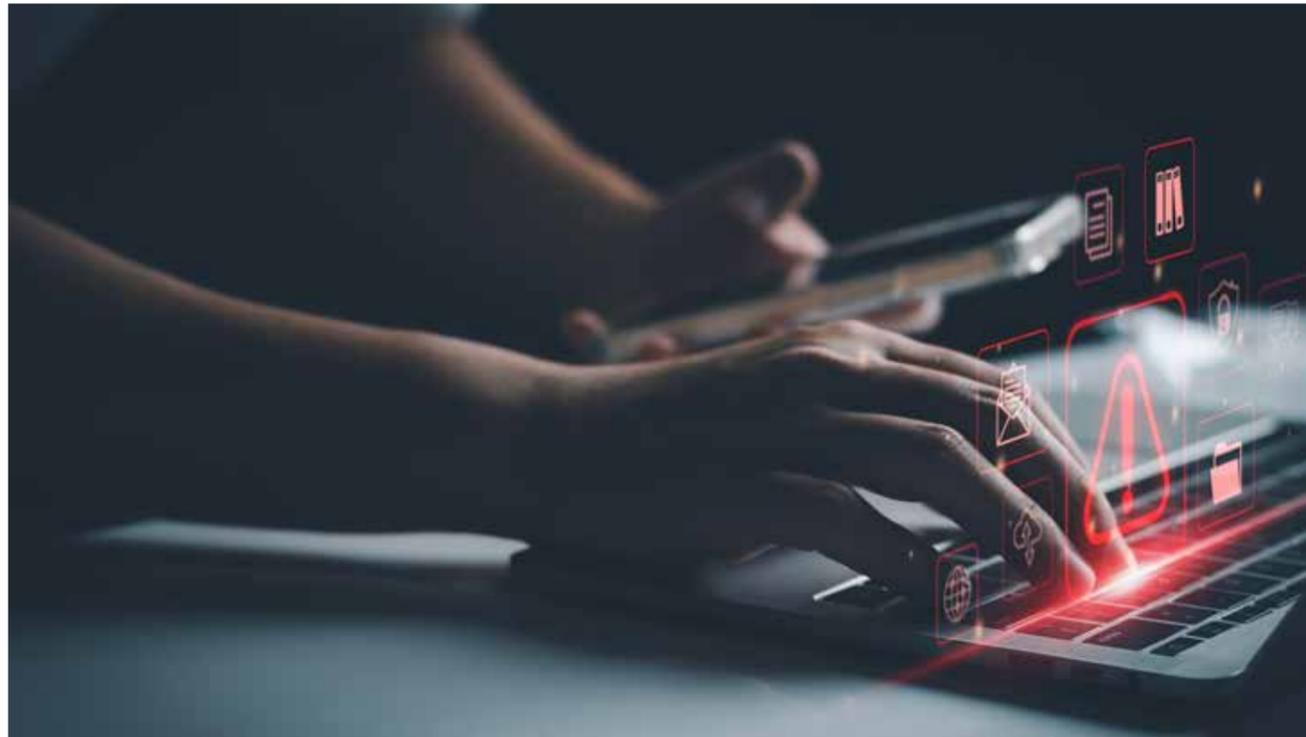
BEKÄMPFUNG DER KINDER- UND JUGENDPORNOGRAPHIE

Im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie verzeichnete die Polizeidirektion Lüneburg im Jahr 2023 einen signifikanten Anstieg der Fälle von Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von kinder- und jugendpornografischen Inhalten. Im Gesamtbereich der PD Lüneburg wurde ein Anstieg von etwa 40% auf 1.005 Fälle registriert (2022: 719 Fälle). Diese Entwicklung verdeutlicht die Dringlichkeit und die Notwendigkeit, dieses Kriminalitätsfeld verstärkt zu bekämpfen.

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie erfordert eine hohe Ermittlungsintensität und eine effiziente Zusammenarbeit der Polizeiinspektionen. Im Jahr 2023 konnte bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie eine Aufklärungsquote von über 94% erreicht werden. Dies unterstreicht den erfolgreichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit großem Engagement der Aufklärung dieser Straftaten widmen.

Die Polizeidirektion Lüneburg analysiert derzeit, unter enger Einbindung der zuständigen Staatsanwaltschaft und des LKA Niedersachsen, im Rahmen der Prozessoptimierung Workflows und entwickelt so langfristige Strategien, um der steigenden Zahl von Ermittlungsverfahren im Bereich der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie entgegenzuwirken.

Diese Herausforderungen erfordern eine fortlaufende Anpassung und Modernisierung der Ermittlungsmethoden sowie eine ständige Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bekämpfung dieser schwerwiegenden Straftaten gegen Kinder.



SACHGEBIET KINDERPORNOGRAPHIE IN DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

Das Sachgebiet Kinderpornographie der Polizeiinspektion Celle ist im Zentralen Kriminaldienst und dort an das Fachkommissariat 1 angegliedert.

Hier werden strafrechtlich relevante Sachverhalte im Hinblick des Besitzes, des Verbreitens als auch der Herstellung von überwiegend kinder- und jugendpornographischen Schriften bearbeitet, wobei auch die Abgabe von (Erwachsenen-) pornographischen Inhalten an Minderjährige, gewalt- oder tierpornographische Inhalte und Gewaltdarstellung ebenfalls dem Sachgebiet unterliegen. In den letzten Jahren kam es zu einer signifikant steigenden Anzahl an Strafverfahren wegen Kinder- und Jugendpornographie, die durch die Sachbearbeiter im FK 1 nicht mehr zu bewältigen war.

Daher wurde im Juni 2022 eine Ermittlungsgruppe mit erhöhtem Personalansatz eingerichtet, um den stetig steigenden Mengen an Durchsuchungsbeschlüssen und auszuwertenden Datenträgern gerecht werden zu können.

Die meisten der Ermittlungsverfahren mit Bezug zu Kinder- und Jugendpornographie werden durch das National Center for Missing and Exploited Children (kurz: NCMEC) bekannt. Dieses leitet den Strafverfolgungsbehörden der einzelnen Staaten standardisierte Berichte mit den festgestellten Inhalten sowie Daten zu den Accountinhabern weiter, die dann im Falle von Deutschland vom BKA an die Landeskriminalämter der Länder weitergeleitet werden. Dann folgt in der durch die zuständige Staatsanwaltschaft ein Antrag auf einen Durchsuchungsbeschluss für den beschuldigten Accountinhaber beim Amtsgericht.

Die Täter in diesem Deliktsfeld sind sehr unterschiedlicher Natur.

So werden die kinder- bzw. jugendpornographischen Inhalte teilweise von schuldunfähigen Kindern verschickt, die den strafrechtlichen Charakter dieser Taten noch gar nicht erfassen können.

Jugendliche und Heranwachsende teilen solche Bilder und Videos oft aus Neugier, digitaler Naivität oder auch schlicht zum „Spaß“ zum Beispiel über WhatsApp, weil sie sich keine weiteren Gedanken über strafrechtliche Konsequenzen machen.

Ein kleinerer Teil der Ermittlungsverfahren entfällt aber auch auf Menschen mit pädophilen Neigungen, die bewusst solche Abbildungen im Internet suchen, konsumieren und austauschen. Erfahrungsgemäß sind hier fast ausschließlich Männer die Täter, bei denen aus unterschiedlichen Gründen eine Sexualstörung vorliegt. Hier stoßen die Ermittler oftmals auf gespeicherte Datenmengen im Terabyte-Bereich.

Im Rahmen der Auswertung der Datenträger können oft weitere Beschuldigte ermittelt werden, die ebenfalls kinder- und/oder jugendpornographische Inhalte weitergeleitet haben. Dies führt dann wieder zur Einleitung weiterer und ergänzender Ermittlungsverfahren.

Die Fallzahlen im Phänomenbereich Kinder- und Jugendpornografie nehmen seit Jahren zu. Die ehemals „wellenförmige“ Fallzahlenentwicklung hat sich in den vergangenen Jahren zu einem stetigen Anstieg entwickelt, erwartet wird, dass sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen wird.

Im Zuständigkeitsbereich der PI Celle wurden im Jahr 2023 384 Ermittlungsverfahren aus diesem Phänomenbereich bearbeitet. Es wurden 80 Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt und Asservate mit einem Gesamtdatenvolumen von ca. 60 Terabyte (TB) vorl. sichergestellt.

Die Größenordnung von 60 TB beinhaltet ca. 15 Millionen Bilder (Kamera mit 12 MP) oder ca. 30000 Stunden Video in HD-Qualität.

Diese Datenmengen müssen durch die Sachbearbeitung vollumfänglich gesichtet und bewertet werden.

Bei Allem steht aber eines im Vordergrund: Es geht darum, tatsächlich und eventuell aktuell stattfindenden sexuellen Missbrauch von Kindern zu erkennen bzw. zu verhindern!



PRÄVENTION IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Was bedeutet „Prävention bei der Polizeidirektion Lüneburg“?

In der Polizeidirektion Lüneburg, im Dezernat 11 – Kriminalitätsbekämpfung - wird die Präventionsarbeit für die Polizeiinspektionen koordiniert und mitgestaltet. Das Dezernat 11 stellt außerdem die Schnittstelle zum Landeskriminalamt Niedersachsen, dem dortigen Dezernat Forschung, Prävention und Jugend dar. Diese Aufgabe wird seit dem 01.12.2023 von Lydia Freienberg wahrgenommen.



Drei Fragen an Lydia Freienberg:

Welche präventiven Themen sind aktuell besonders wichtig?

„Ein beunruhigendes Thema sind aktuell die steigenden Fallzahlen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität. Insbesondere bei den bis zu 14jährigen sind die Fallzahlen im Bereich der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich gestiegen. Bei näherer Betrachtung der Delikte kann man erkennen, dass es sich bei den Straftaten der sexuellen Selbstbestimmung um Delikte wie das Verbreiten von Kinder- und Jugendpornografie, bzw. dem Versenden von Nacktbildern von Kindern untereinander handelt. Kinderpornografie, aber auch andere pornografische Inhalte werden häufig in Klassenchats geteilt. Oft werden solche Darstellungen von Kindern und Jugendlichen gedankenlos geteilt oder es fehlt die Sensibilität für die Folgen Anderer, wenn z.B. Nacktbilder weitergeschickt werden.“

Um auf diese Entwicklung präventiv reagieren zu können, arbeiten wir gerade an einer Aktualisierung des Präventionsprojektes „Wir sind stark!“ Ein tolles Projekt, dass in allen sechs Inspektionen der PD Lüneburg bereits seit vielen Jahren durchgeführt wird. In Zusammenarbeit mit Schule werden Schülerinnen und Schüler zwei Tage lang mit den

Themen Gewalt, Zivilcourage und zukünftig auch mit digitaler Gewalt und dem Umgang damit konfrontiert. Die Strafbarkeiten spielen ebenfalls eine große Rolle.

Der Zusammenhalt und das Verständnis für die Bedürfnisse des Anderen werden gestärkt, was zur Verhinderung von Straftaten beitragen kann. Es ist geplant, das Programm auszuweiten und so mehr Kinder in teilnehmenden Schulen in allen Inspektionen zu erreichen.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema ist die Häusliche Gewalt – jede dritte Frau ist einmal in ihrem Leben von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt

betroffen. Häusliche Gewalt beinhaltet alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt. Häufig gehen der körperlichen Gewalt Drohungen, Demütigungen und Beschimpfungen vorher.

Betroffene von häuslicher Gewalt fühlen sich oft in einer ausweglosen Situation und können sich aus dieser alleine nicht befreien. Deshalb benötigen Betroffene von häuslicher Gewalt die Hilfe von außen! In den meisten Fällen nimmt das Umfeld von Betroffenen die Gewalt durchaus wahr, weiß aber nicht, wie es helfen kann. Diese Personen wollen wir stärken und ihnen Möglichkeiten zur Hilfe anbieten! Das kann das Hilfefon gegen Gewalt an Frauen oder eben die Polizei. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es durchaus auch häusliche Gewalt gegen Männer gibt. Es ist anzunehmen, dass das Dunkelfeld hier noch größer ist.“

Wo siehst Du Deine Aufgabe aus der Polizeidirektion heraus?

„Ich sehe mich als eine Art Service Point für die Präventionen und Präventoren in den Polizeiinspektionen und bin für Themen, Probleme und Ideen rund um die Prävention

immer ansprechbar. Ich möchte die Polizeiinspektionen bei ihrer präventiven Arbeit unterstützen und auch selbst Projekte entwickeln und vorantreiben.

Das gilt ebenso für Netzwerke in den Fachkommissariaten, die sich mit Jugendkriminalität und Gewaltdelikten zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Ich sehe mich auch als Schnittstelle zum LKA und möchte Informationen von dort transparent in die Inspektionen tragen.“

Was wünschst Du Dir zukünftig für den Bereich der Prävention in der PD Lüneburg?

„Ich bin der Meinung, dass wir mehr digitale Formate brauchen, um mehr Menschen mit verschiedenen Präventionsthemen zu erreichen.“

Grundsätzlich wünsche ich mir, dass die Präventionsarbeit noch mehr Wertschätzung erfährt. In den Inspektionen sind viele engagierte Kolleginnen und Kollegen in der Prävention

unterwegs. Damit meine ich die Präventionsteams, aber auch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter Prävention, die Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte und natürlich auch die Präventionspuppenbühne der PD.“



SACHGEBIET COLD CASE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Aufklärungsquote der Polizei bei Tötungsdelikten und Morden ist so hoch wie in keinem anderen Bereich der Kriminalität. Im Jahr 2023 betrug die Aufklärungsquote der Polizeidirektion Lüneburg 90%.

Dennoch gibt es im Laufe der Zeit auch immer wieder einzelne Fälle, welche auch nach akribischen und umfangreichen Ermittlungen nicht gelöst werden können. Sind die Ermittlungsansätze vorerst ausgeschöpft, werden die Ermittlungen vorläufig eingestellt.

Doch auch nach vielen Jahren werden solche Fälle hinsichtlich neuer Erkenntnisse oder aufgrund von Fortschritten in der Forensik neu betrachtet. Denn auch wenn die Fälle oft Jahrzehnte zurückliegen, Mord verjährt nicht und Opferhinterbliebene leiden all die Jahre unter der ungeklärten Tat.

Die fachspezifische Fortbildung der niedersächsischen Polizei zur strukturierten Bearbeitung von Cold Cases ist daher von herausragender Bedeutung. In einer Zeit, in der die Aufklärung ungeklärter Tötungsdelikte und Vermisstenfälle nicht nur eine moralische, Verpflichtung, bzw. einen gesetzlichen Auftrag darstellt, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zum Sicherheitsempfinden unserer Gesellschaft leistet, ist auch der gezielten Wissensvermittlung zur besonderen Ermittlungsarbeit in Cold Cases von hohem Gewicht.

Das Sachgebiet Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg wurde im Jahr 2019 ursprünglich als Modellversuch eingerichtet. Ziel der Organisationseinheit ist die einheitliche Erfassung und strukturierte Bearbeitung der Cold Cases im Zuständigkeitsbereich.

Zwei bekannte Ermittlungsgruppen, die „EG Iterum“, welche sich mit dem Verschwinden von Birgit Meier aus dem Jahr

1989 beschäftigte sowie die „EG Görde“, die die zwei Doppelmorde an einem Ehepaar und einem Liebespaar, ebenfalls im Jahr 1989, untersuchte, gingen in dem heutigen Sachgebiet Cold Case auf.

Das Team besteht aus insgesamt sechs Ermittlerinnen und Ermittlern mit unterschiedlicher Expertise und Ermittlungsschwerpunkten.

Neben der grundsätzlich anspruchsvollen Ermittlungstätigkeit im Bereich der Tötungsdelikte und Vermisstenfälle besteht die Aufgabe des Sachgebiets der Polizeidirektion Lüneburg auch in der Teilnahme, eigener Entwicklung und Durchführung von Fortbildungskonzepten zur strukturierten Fallbearbeitung, der Pflege eines bundesweiten Netzwerks staatlicher Ermittlungsbehörden, Zusammenarbeit mit externen Institutionen und Fachlichkeiten (bspw. Archive, Rechtsmedizin, Archäologie), der Erarbeitung und Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten sowie der Befassung mit künstlicher Intelligenz als Mehrwert für polizeiliche Ermittlungen.

Aufgrund eines hohen medialen Interesses an Cold Cases arbeitet das Sachgebiet auch proaktiv mit Medienvertretenden und Produktionsfirmen zusammen.

Durch Presseaufrufe und die Darstellung der Ermittlungstätigkeiten und der einzelnen Fälle ist es bereits vielfach gelungen, Hinweise aus der Bevölkerung zu erhalten und so neue Ermittlungsansätze zu generieren.

Das Sachgebiet Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg ist auch über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus eine renommierte und etablierte Cold-Case-Unit mit profundem Erfahrungsschatz und hat sich nach erfolgreicher Pilotierung fest in der Organisation etabliert.



BUNDESWEITE FACHTAGUNG COLD CASE

„Mord verjährt nicht und Opfer werden nicht vergessen, solange sich jemand kümmert!“

Unter Federführung des Sachgebiets Cold Case der Polizeidirektion Lüneburg fand am 19. und 20. September 2023 eine bundesweite Fachtagung rund um ungelöste Tötungen und Vermisstenfälle aus dem gesamten Bundesgebiet in den Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Lüneburg-Mitte statt.

Insgesamt 90 Teilnehmende mit fachlicher Expertise aus Polizeibehörden von zwölf Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt), Landeskriminalämtern, dem Bundeskriminalamt sowie externe Referenten aus den Bereichen Archäologie und Archivführung fanden sich zu dieser Art des Netzwerktreffens zusammen.

Polizeipräsident Thomas Ring eröffnete die Tagung und drückte hierbei vor allem seine Wertschätzung der Mitarbeitenden in den jeweiligen Einheiten der Cold Case-Ermittlung aus:

„Die Aufklärungsquote bei Straftaten gegen das Leben ist bundesweit höher als in allen anderen Deliktbereichen. Doch nicht jede Tötung, nicht jeder Vermisstenfall kann aufgeklärt werden. Einige Fälle werden nach Jahren der Ermittlungsarbeit zu sogenannten Cold Cases. Wir als Polizei dürfen jedoch auch nach Jahrzehnten nichts unversucht lassen, Täterinnen und Täter zu ermitteln und Opferhinterbliebenen Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen zu geben.“

Ich bin stolz auf die Arbeit unseres Sachgebiets und darauf, dass unsere Direktion eine solch hochqualitative Fachtagung ausgerichtet. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Beteiligten.“

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Vorträge über unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten in der Ermittlungsarbeit, besondere An- und Herausforderungen bei der Ermittlung in weit zurückliegenden Fällen, moderne Technologien der Kriminalistik und Kriminaltechnik sowie innovative und einzigartige Arbeitsschritte und Ermittlungsmethoden, welche in einzelnen Fällen zu Erfolgen in der Cold Case Bearbeitung geführt haben.

Abgerundet wurde die Konferenz mit einem Vortrag zur Nutzung von künstlicher Intelligenz im Bereich der Cold Case-Ermittlungen der Niederländischen Polizei aus Rotterdam.

Hauptorganisator und Leiter des Lüneburger Sachgebiets Cold Case, Thilo Speich, sagte abschließend:

„Neben der Vernetzung über die Grenzen der eigenen Zuständigkeiten hinaus, ist es uns und den Teilnehmenden im Rahmen des zweitägigen Austauschs im Sinne von „best practice“ gelungen, viele Eindrücke und Denkanstöße für die eigene Ermittlungsarbeit zu generieren. Mit unserem Austausch möchten wir vor allem aber auch ein deutliches Zeichen senden: Mord verjährt nicht und Opfer werden nicht vergessen, solange sich jemand kümmert!“



POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

Die Aufgabe des polizeilichen Staatsschutzes beinhaltet die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK).

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements gerichtet sind bzw. aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden. Diese Straftaten können sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten, welche(s) seitens des Täters einer der o.g. gesellschaftlichen Gruppen zugerechnet wird (tatsächliche oder zugeschriebene Zugehörigkeit) oder sich im Zusammenhang mit den vorgenannten Vorurteilen des Täters gegen ein beliebiges Ziel richten.

Je nach Tatmotivation lassen sich Politisch motivierte Straftaten unterschiedlichen Phänomenbereichen zuordnen: PMK -rechts, -links, -religiöse Ideologie und -ausländische Ideologie.

In den letzten Jahren traten überdies neue Erscheinungsformen der Politisch motivierten Kriminalität hinzu, die sich nicht trennscharf einer der oben genannten Ausprägungen zuordnen ließen. Hier spricht man von der Politisch motivierten Kriminalität – sonstige Zuordnung.

Umgang mit Verschwörungstheorien

Der polizeiliche Staatsschutz ist neben der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität auch für die Bekämpfung von Verschwörungstheorien zuständig.

Verschwörungstheorien sind im Zusammenhang mit den zu bewältigenden Krisen wie die Pandemie und der russische Angriffskrieg in der Ukraine vermehrt in den Fokus gerückt.

Gruseligeschichten von Zwangsimpfungen, implantierten Mikrochips, Chemtrails, Reptiloiden etc. können in der Bevölkerung für Verunsicherung sorgen.

Für Verschwörungstheoretiker gibt es keine Zufälle. Verschwörungstheorien bieten vermeintliche Lösungen zu komplexen Themen unserer Gesellschaft.

In Krisenzeiten sind Menschen, die sich in schwierigen Lebensphasen hilflos fühlen, empfänglich für Verschwörungstheorien. Oftmals wird diese Hilflosigkeit durch aktuelle Ereignisse in der Welt, auf die sie keinen Einfluss haben, hervorgerufen. Zu komplexen Fragestellungen finden Verschwörungstheoretiker oftmals einfache „Erklärungen“ und erkennen darin einen Sinn. Zudem erfahren sie mit Gleichgesinnten das positive Gefühl, Teil einer verschworenen Gruppe zu sein. Mit ihrem Selbstbild, sehen sie eine Rechtfertigung für ihre Aktivitäten, was nicht selten in strafbaren Handlungen mündet.

Jemand aus meinem Umfeld glaubt an Verschwörungstheorien – was kann man tun?

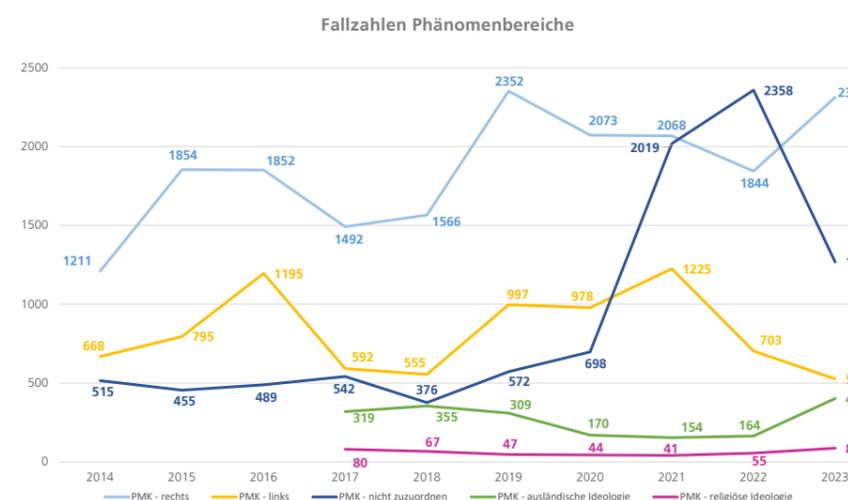
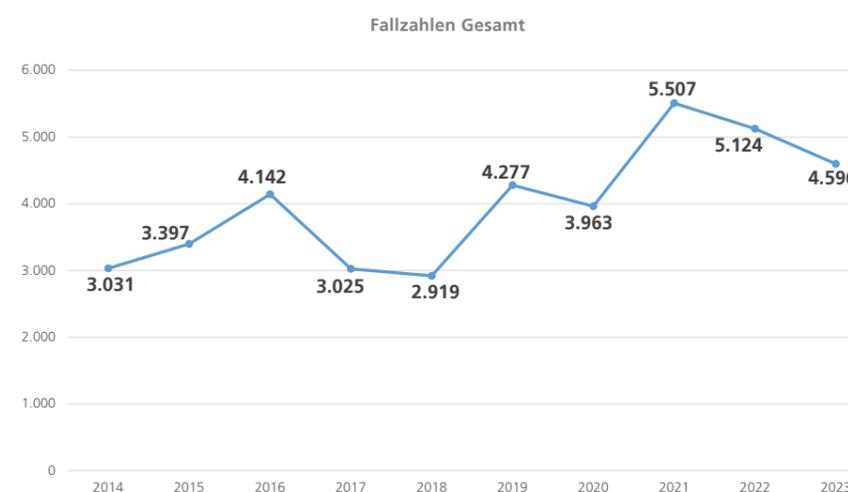
Bitte nehmen Sie die Aussagen bewusst wahr, ohne sie zu kommentieren. Menschen, die an Verschwörungstheorien glauben, sind mit rationalen Argumenten nur schwer zu überzeugen. Fakten werden ignoriert und Sie werden selbst als Teil der Verschwörung erklärt. Besser ist es Fragen zu stellen, die zum Nachdenken anregen:

Woher stammen die Informationen? Wer ist Verfasser? Hat die Internetseite ein Impressum? Berichten auch andere Medien, Zeitungen, Internetseiten davon?

Bitte teilen Sie die Inhalte von Verschwörungstheorien nicht, um dem Thema so nicht weitere Aufmerksamkeit zuzuführen.

Strafrechtlich relevante Verhaltensweisen, Gefährdungssachverhalte oder Ordnungswidrigkeiten sollten konsequent der Polizei oder sonstigen Behörden gemeldet werden.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT IN NIEDERSACHSEN



PRÄVENTION IM BEREICH POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

In einem Artikel, welcher im Forum Kriminalprävention unter dem Titel „Politisch motivierte Kriminalität“, von Meike Steinle und Julia Christiani, erschienen ist, heißt es: „Politisch motivierte Delikte sind nicht nur Straftaten. Sie bedrohen im Gegensatz zur Allgemeinkriminalität auch die demokratischen Grundwerte unseres Gemeinwesens und die Achtung der im Grundgesetz garantierten Menschenrechte. Für die Polizeiliche Kriminalprävention ist die Prävention von Politisch motivierten Straftaten deshalb ein wichtiges Aufgabenfeld.“

Seit Juli 2023 kümmert sich die Kollegin Andrea Leibacher hauptamtlich um das Thema Prävention, im Deliktbereich der Politisch motivierten Kriminalität. Dies geschieht aus ihrer Tätigkeit als Sachbearbeiterin Prävention Politisch motivierte Kriminalität.

Was aber umfasst den **Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität**? Hier geht's auch um die bekanntesten Formen Politischer Kriminalität „rechts“ und „links“, aber auch „ausländische Ideologie“, „religiöse Ideologie“.

Zu all diesen Themen ist Andrea Leibacher Ansprechpartnerin. Sie klärt zu den Themen auf, schließt eventuell vorhandene Wissenslücken und zeigt auf, wie man extremistischen Argumenten begegnen kann.

Ziel der Prävention im Bereich Politisch motivierte Kriminalität ist es, wie immer bei der polizeilichen Prävention, dass die Straftaten in dem Bereich reduziert werden und das Sicherheitsgefühl bei Ihnen gestärkt wird.

Die Präventionsarbeit richtet sich dabei nicht an einzelne spezielle Gruppen, sondern ist an alle gerichtet. Vom Kind bis zum Erwachsenen, obgleich welcher Herkunft, Zugehörigkeit und Orientierung, werden zielgruppenorientiert Inhalte und Medien erarbeitet, um diese über Handreichungen bis hin zu Medienpaketen reichen zu können.

Frau Leibacher ist in ihrer Funktion dabei verschiedene Netzwerke zu dem Thema aufzubauen. Exemplarisch sei hier das Netzwerk Extremismus Prävention genannt. Hier sind neben der Polizei Celle weiterhin der Landkreis Celle, das Landeskriminalamt, der Verfassungsschutz und die regionale Landesschulbehörde und weitere bereits integriert. Ziel dieses Netzwerkes ist es sich gegenseitig auszutauschen und die Präventionsarbeit auf breiter Fläche voranzutreiben.



EINSATZ

DIE ABTEILUNG LEINE DORA DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Einheiten der Bereitschaftspolizei und die Aufrufeinheiten der Polizeidirektionen sind Teile der konzeptionell strukturierten Landeseinsatzorganisation „Leine“ (kurz: LEO Leine). Sie bewältigen jährlich zahlreiche Einsatzlagen, die den Einsatz einer Vielzahl von Polizeibeamtinnen und -beamten erforderlich machen. Dies sind unter anderem Großveranstaltungen (wie z.B. Fußballspiele oder Festivals), Versammlungslagen oder auch Staatsbesuche.

Neben den zwei Abteilungsführungsgruppen und sieben Bereitschaftspolizeihundertschaften der Zentralen Polizeidirektion hat das Land Niedersachsen in allen Flächendirektionen zusätzliche Aufrufeinheiten aufgestellt.

Bei der Abteilung DORA handelt es sich um die Aufrufeinheit der Polizeidirektion Lüneburg, welche sich anteilig aus dem Personal der sechs Polizeiinspektionen zusammensetzt.

Sie besteht aus einer Abteilungsführungsgruppe, zwei Einsatzhundertschaften (unterteilt in Züge), einer Diensthund-

führerstaffel, einer Ermittlungskommission sowie einer Fahndungs- und Aufklärungskommission.

Die Einsatzkräfte werden, wenn es erforderlich ist, abhängig von Einsatzanlass und Bedarf, geschlossen oder als Teileinheiten eingesetzt. Dafür werden sie aus ihrem normalen Alltagsdienst herausgelöst. Für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Abteilung DORA bilden sie sich darüber hinaus regelmäßig fort.

Einsätze 2023

Im Jahr 2023 waren die Hundertschaften der Abteilung DORA bei beiden Niedersachsenderbys zwischen Eintracht Braunschweig und Hannover 96 eingesetzt. Außerdem unterstützen sie bei Einsätzen anlässlich versammlungsrechtlicher Aktionen in Göttingen im April und im August 2023 in Celle.

Weitere kleinere Einsatzlagen konnten durch Einsatzkräfte in Zugstärke (ca. 30 Beamte) bewältigt werden.



DIE DIENSTHUNDFÜHRER DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Die Diensthundführer (DHF) der Polizeidirektion Lüneburg sind dem Dezernat 12 angegliedert. Dort direkt angebunden sitzt die Staffelleitung und koordiniert den Einsatz und die Belange der DHF.

Die einzelnen Diensthundführergruppen (DHFG) sind im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg verteilt. Sie befinden sich in Celle, Lüneburg und Stade. Um flächendeckend den Einsatz und die Verfügbarkeit von DHF zu gewährleisten, sind die einzelnen Landkreise unter den DHFG aufgeteilt. So betreut die DHFG Celle die Landkreise Celle und Heidekreis, die DHFG Lüneburg die Landkreise Lüneburg und Harburg und die DHFG Stade die Landkreise Stade und Rotenburg.

Die DHF sind eine sog. Bedarfsdienststelle und versehen ihren Dienst im Staffelfverbund im Schichtdienst (Früh-/Spät-/Nachtdienst). Jede Gruppe hat einmal in der Woche ihren festen Ausbildungstag und ist an diesem Tag von Diensten freigestellt, um den hohen Ausbildungsstand und die Einsatzfähigkeit der Diensthunde zu gewährleisten. Anforderungen, insbesondere im Spezialhundbereich, werden in Anlehnung an die Aufteilung der Landkreise von den Diensthundführergruppen bedient.

Als Besonderheit vervollständigen und unterstützen uns die Personenspürhunde (PSH), die als Landesprojekt und damit einmalige Gruppe in Niedersachsen der PD Lüneburg, am Standort Celle, angegliedert wurden. Kernaufgaben der PSH sind die Suche nach Personen über deren Individualgeruch sowie die Wegstreckenrekonstruktion. Unsere PSH werden über die Staffelleitung oder die Kooperative Leitstelle Lüneburg (KLL) angefordert. Sie versehen grundsätzlich Tagesdienst von 8-16 Uhr und Rufbereitschaften am Wochenende.

Unsere DHF erhalten ihre Diensthunde (DH) als Welpen im Alter von gut 8 Wochen aufwärts. Die Ausbildung zum DH

beginnt sofort und wird dem Alter entsprechend gestaltet. Unsere DH werden in den drei Bereichen Nasenarbeit, Gehorsam und Schutzdienst ausgebildet. Die Ausbildung zum DH dauert etwa 18 Monate und endet mit dem Ablegen der sog. Zulassungsprüfung (ZP). Ab diesem Zeitpunkt darf das Team (DHF/DH) polizeiliche Einsatzlagen bewältigen. Neben der stetigen Erhaltung der Einsatzfähigkeit ihrer DH, nehmen die DHF im Folgenden an der sog. Eignungsüberprüfung für Spezialhunde teil. Hier wird geprüft für welchen Bereich sich die Nase der DH am besten eignet (Rauschgift-, Bargeld-, Sprengstoff- Brandmittel-, Leichen-, Datenträger-spürhunde). Der Lehrgang zum Spürhund dauert zwischen 10 und 11 Wochen. Anschließend erhalten die DH neben ihrer Bezeichnung als „Schutzhund“ das Prädikat „Spezialhund“. Die gesamte Ausbildung vom Welpen bis zum Spezialhund dauert gut 2 Jahre. Nach 8-10 Jahren aktiver Dienstzeit für die Polizei, werden unsere treuen Partner pensioniert und bleiben in den allermeisten Fällen bei ihren DHF, um dort ihr Pensionärsdasein zu genießen.



EINSATZ ANLÄSSLICH DES AFD LANDESPARTEITAGES BEI DER CONGRESS UNION IN CELLE

Am 19. und 20.08.2023 führte die Partei AfD – Alternative für Deutschland - den Landesparteitag in der Celler Congress Union durch.

Parallel dazu sind zwei Veranstaltungen angemeldet worden, welche sich gegen den Landesparteitag der AfD richteten.

Die Planungen für den polizeilichen Einsatz rund um die Veranstaltungen begannen bereits mehrere Wochen zuvor. Neben den eigenen Kolleginnen und Kollegen waren auch Kräfte der Bereitschaftspolizei Niedersachsen eingesetzt. Für einige Kräfte begann der Einsatz bereits am Freitag. Sei es um mögliches Absperrmaterial zu platzieren oder auch einen Blick sowohl auf die Aufzugstrecke als auch auf das Gebäude, in dem der Landesparteitag stattgefunden hat, zu haben.

Während die Kräfte auf der Straße ihre Aufträge wahrnehmen, sitzen bei einem solchen Einsatz immer mehrere Kolleginnen und Kollegen im Lagezentrum in der Polizeiinspektion Celle und koordinieren den Einsatz. Sie informieren die Einsatzkräfte über die aktuelle Gesamtlage und erhalten auch Informationen von anderen Stellen. In dem Zusammenhang gibt es auch regelmäßig Anfragen der Presse.

Am Samstagvormittag versammelten sich zirka 1450 Personen am Celler Bahnhof und gingen dann über die Bahnhofstraße, Breite Straße, Jägerstraße in die Hannoversche Straße. Unmittelbar vor der Congress Union war ein



LKW-Anhänger als Bühne aufgebaut und eine Abschlusskundgebung hat dort in Form von Redebeiträgen und Musikbeiträgen stattgefunden. Hierzu wurde die Hannoversche Straße zwischen der Kreuzung Jägerstraße/Sägemühlenstraße und Thaerplatz gesperrt. Für die anschließende, stationäre, Kundgebung war keine Sperrung mehr notwendig.

Beim Landesparteitag waren rund 600 Personen der Partei anwesend.

Während des gesamten Parteitages ist es weder aus Richtung der Versammlungen noch aus Richtung des Parteitages zu nennenswerten Störungen gekommen.



SPATENSTICHZEREMONIE RHEINMETALL

Am 12.02.2024 ist die Polizei Celle in Unterlüß bei der Firma Rheinmetall im Einsatz gewesen. Anlässlich einer Spatenstichzeremonie für ein neues Werk kündigten sich hochrangige Politiker/-innen an. Es sind dann auch der Bundeskanzler, der Bundesminister der Verteidigung, die Ministerpräsidentin aus Dänemark und weitere Politiker/-innen dort gewesen.

Während im inneren Bereich der Firma Rheinmetall der Sicherheitsdienst der Firma und der Personenschutz der Politiker/-innen, für deren Schutz entsprechend, zuständig gewesen ist, ist im äußeren Bereich die Polizei Celle, mit der Unterstützung der Bereitschaftspolizei Niedersachsen, verantwortlich gewesen.

Da der Bundeskanzler bereits im Vorfeld angekündigt gewesen ist und schon die Wochen zuvor viele Landwirte und Landwirtinnen gegen die Streichungen der Agrarsubventionen demonstriert haben, ist durch die Landwirte der Besuch von Herrn Scholz zum Anlass genommen worden, vor der Firma Rheinmetall zu demonstrieren.

Es sind etwa 400 Demonstrierende vor Ort gewesen. Hierbei handelte es sich sowohl um Antikriegsdemonstranten, als auch um Landwirte und Ladwirtinnen. Letztgenannte sind mit etwa 300 Traktoren dort gewesen, ein Großteil im Bereich der Hauptzufahrt in der Neuensothriether Straße. Ziel der Landwirte war nicht ihren Unmut über das neue Werk auszudrücken, sondern sie wollten ihren Protest über die Streichungen gegenüber dem Bundeskanzler zum Ausdruck bringen.

Außer einigen Verkehrsbehinderungen während der An- und Abreise der Traktoren kam es aus polizeilicher Sicht zu keinen Störungen.



DIE VERFÜGUNGSEINHEIT DER POLIZEIINSPEKTION CELLE

In jeder Polizeiinspektion ist eine Verfügungseinheit aufgestellt. Diese gehört organisatorisch dem Einsatzbereich an.

Die Kollegen und Kolleginnen der Verfügungseinheit sind im Bereich Notintervention ausgebildet. Sie können durch ein elektronisches System jederzeit alarmiert werden. Dies geschieht im Falle einer lebensbedrohlichen Einsatzlage (z.B. Ankündigung von Amok oder terroristischen Anschlägen).

In trainingsintensiven Fortbildungen wird regelmäßig in Gebäuden und im urbanen Gelände das festgelegte Vorgehen trainiert.

Bedarfsorientierte Ausbildung, sowohl in der Praxis als auch in der Theorie, findet jederzeit auch innerhalb der Einheit statt. Die Themen dazu werden immer wieder angepasst. Aufgrund der physischen und psychischen Belastung, zu welchen es in den Einsätzen immer kommen kann, ist unter anderem ein gemeinsames Sportprogramm ein regelmäßiger Begleiter im Alltag.

Die Kolleginnen und Kollegen der Verfügungseinheit sind auch Mitglieder der Einsatzhundertschaft. Die Einsatzhundertschaften kommen unter anderem bei besonderen Einsatzanlässen zum Einsatz und können in ganz Niedersachsen eingesetzt werden. Zu diesen besonderen Einsatzanlässen gehören Einsätze mit hohem Personalbedarf, wie beispielsweise Fußballspiele. Vor Ort sorgt die Einsatzhundertschaft dann für einen reibungslosen Ablauf. Dabei

werden selbstverständlich auch Straftaten und Ordnungswidrigkeiten verfolgt.

Auch im Landkreis Celle ist die Verfügungseinheit regelmäßig im Einsatz. In Größe einer Gruppe sind sie beispielsweise an Christi Himmelfahrt oder Silvester unterwegs um hier den Einsatz- und Streifendienst in ihren Aufgaben zu entlasten.

Die Verfügungseinheiten haben die Möglichkeit, Großkontrollen zu organisieren und diese durchzuführen. Ort und Zeit dieser Kontrollen ergeben sich aus einer täglichen Lageauswertung.

Ein weiterer Aufgabenbereich stellt die spezialisierte Verkehrsüberwachung dar. Einige Kollegen und Kolleginnen sind besonders geschult in verschiedenen Schwerpunkten, wie zum Beispiel LKW-Ladung, Tuning sowie land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen. Dieses ist durch regelmäßige Kontrollen in Stadt und Landkreis sichtbar.

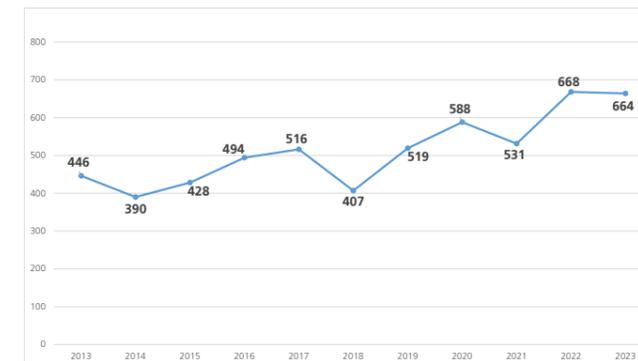
Die Kolleginnen und Kollegen der Verfügungseinheit unterstützen aber auch den Ermittlungsbereich, zum Beispiel bei Durchsuchungen. Diese Unterstützungsmaßnahmen geschehen sowohl innerhalb der Polizeiinspektion Celle als auch übergreifend innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg. Für solche Durchsuchungen sind dann noch vereinzelte Kollegen und Kolleginnen geschult um beispielsweise schlagartig in Wohnungen zu gelangen.



GEWALT GEGEN POLIZEIVOLLZUGSBEAMTINNEN UND -BEAMTE (PVB)

In der Polizeidirektion Lüneburg werden nahezu täglich Gewaltstraftaten zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bei der Ausübung Ihres Dienstes verzeichnet.

GEWALTDELIKTE GEGEN PVB – PD LÜNEBURG



Die detaillierte Erfassung eines internen Lagebildes „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ bildet die Grundlage, um Schwerpunkte frühzeitig zu erkennen und ggf. frühzeitig schützende Maßnahmen treffen zu können. Auch die Betreuung der im Dienst angegriffenen Polizeibeamtinnen und -beamte stellt einen Schwerpunkt dar.

Gesamtanzahl von Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten bleiben in etwa auf Vorjahresniveau

Im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg ist es im Jahr 2023 zu 291 Widerständen gegen Vollstreckungsbeamtinnen und -beamte gekommen. Im Vergleich zum Vorjahr 2022 stellt dies einen Rückgang von vier Fällen dar (-1,4%).

Die gesonderte Betrachtung der Körperverletzungsdelikte spiegelt eine leichte Steigerung dieser Delikte zum Nachteil von PVB wider. Im Vergleich zum Vorjahr (237 Taten) wurden im Jahr 2023 insgesamt 254 Körperverletzungsdelikte zum Nachteil von PVB erfasst. Das stellt eine Steigerung von etwa +7,2% dar. Als Körperverletzungsdelikt werden auch tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte gezählt. Dieses Delikt ist 2023 um 11,6% auf 251 Taten gestiegen.

Gewaltdelikte zum Nachteil von PVB ereigneten sich in den meisten Fällen bei Identitätsfeststellungen, Sachverhaltsklärungen, Fest- und Ingewahrsamnahmen oder Blutentnahmen.

Darüber hinaus wurden im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg sieben Nötigungen und 110 Bedrohungen zum Nachteil von PVB erfasst. Dies stellt für den Bereich der Nötigungen eine Reduzierung um 5 Fälle und im Bereich der Bedrohungen eine Abnahme von 11 Fällen (-9,1%) im Vergleich zum Vorjahr dar.

Betroffene Polizeibeamtinnen und -beamte

Im Laufe des Jahres 2023 wurden insgesamt 1.626 PVB der PD Lüneburg Opfer von Gewalt. Dies entspricht in etwa dem Vorjahresniveau.

Als leicht verletzt wurden 268 Polizeibeamtinnen und -beamte erfasst. Dies stellt eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr 2022 von etwa +16,5% dar. Statistisch besonders gefährdet sind PVB, die ihren Dienst im Einsatz- und Streifendienst versehen. Hier waren 1.339 Opfer von Gewalt geworden. Schwerverletzte Polizeibeamtinnen und -beamte waren im Jahr 2023, so wie im Vorjahr, nicht zu beklagen.

Täterinnen und Täter

In der PD Lüneburg ist es insgesamt zu 664 Gewaltdelikten gegen PVB gekommen. Es konnten zu den Taten insgesamt 688 Tatverdächtige ermittelt werden. Es handelte sich dabei um 576 männliche und 112 weibliche Tatverdächtige.

Bei mehr als der Hälfte der Tatverdächtigen von Gewaltdelikten wurde ein Einfluss berauschender Mittel festgestellt. Überwiegend waren diese alkoholisiert (46,7%). Bei 5,38% wurde eine Beeinflussung von Alkohol und Betäubungsmitteln in Kombination und bei 3,63% nur durch Betäubungsmittel erfasst. Bei den übrigen Tatverdächtigen (44,3%) wurde keine Beeinflussung festgestellt.



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023 FÜR DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Bundesautobahnen sind die sichersten Straßen!

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2023 hat gezeigt, dass die Zahl der Verkehrsunfälle und somit auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden weiterhin ansteigend ist. Bei der Altersgruppe der 18-24 Jährigen ist ebenfalls eine leichte Steigerung der Verkehrsunfallzahlen zu verzeichnen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist im Vergleich zum Jahr 2022 um ca. 9,9 Prozent angestiegen.

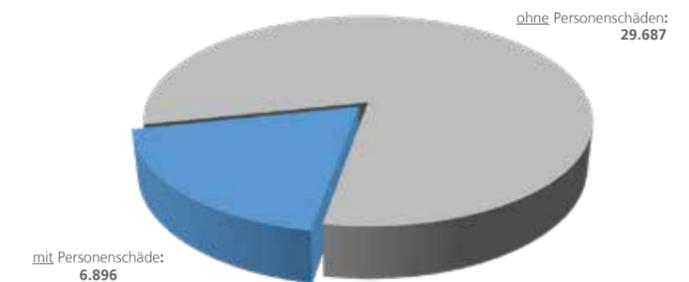
Statistisch wurden 2023 insgesamt 36.583 Unfälle erfasst, im Jahr 2022 waren es 33.292.

Langfristig betrachtet steigt die Zahl der Verkehrsunfälle und damit einhergehend auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere die Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der Fahrerinnen und Fahrer werden weiterhin in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit besonders berücksichtigt. Die Fachstrategie Verkehr nimmt sich auf Grundlage des Verkehrsunfalllagebilds den aktuellen sowie künftigen Umweltrends im Bereich der Mobilität an und geht hierbei flexibel auf veränderte Unfallursachen und Zielgruppen ein. So wird in 2024 der Fokus auf der Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden liegen.

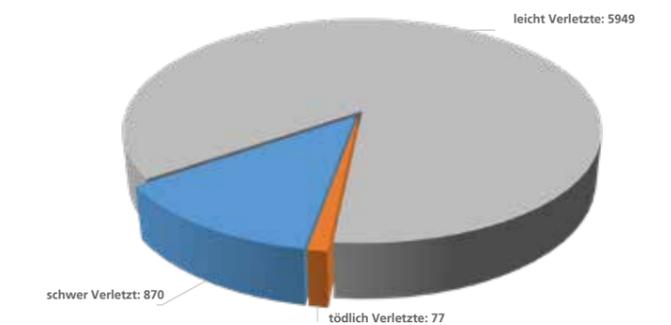
VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023

Verkehrsunfälle mit und ohne Personenschaden

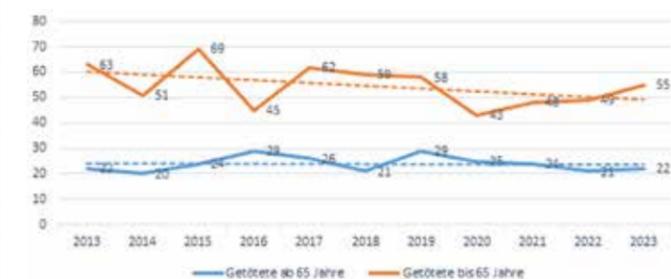
Gesamtzahl Verkehrsunfälle: 36.583



Verletzungsgrad bei Verkehrsunfällen



Verkehrsunfalltote



	2022	2023
Verkehrsunfalltote	71	77
Tote Fahrradfahrende	9	11*
Verkehrsunfälle	33.292	36.583
Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen	964	870
Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten	666	606
Verkehrsunfälle mit Elektrotretrollern	132	145
Fahrten unter Einfluss von Alkohol (ohne Verkehrsunfälle)	1.499	1.281
Fahrten unter Einfluss von Drogen oder Medikamente (ohne Verkehrsunfälle)	1.580	1.441
Verkehrsunfallfluchten	7.418	8.073
Aufklärungsquote Verkehrsunfallfluchten	43,90%	42,80%
Baumunfälle	732	773

*davon 8x ohne Fahrradhelm



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2023 FÜR DIE POLIZEIINSPEKTION CELLE

Im Jahr 2023 ist es in der Stadt und im Landkreis Celle zu insgesamt 4.328 Verkehrsunfällen gekommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 12,42 Prozent (3.850). Hier ist festzustellen, dass das Unfallgeschehen wieder das Niveau der Vor-Corona-Zeit hat.

Erfreulich ist hingegen die Entwicklung bei den Verletzten oder getöteten Personen. Hier sank die Zahl von acht auf sieben Personen, die bei Verkehrsunfällen getötet wurden und ist damit auf einem historischen Tiefstand. Auch die Zahl der Schwerverletzten ist rückläufig, hier sank die Zahl von 103 im Jahr 2022 auf 95 im vergangenen Jahr. Das ist ein Rückgang von 7,77 Prozent. Bei den Leichtverletzten gab es auch, trotz der deutlichen Zunahme der Verkehrsunfälle, einen leichten Rückgang von 707 im Jahr 2022 auf 702 im vergangenen Jahr (Dies entspricht -0,71 Prozent). Hauptunfallursachen sind nach wie vor überhöhte Geschwindigkeit, Vorfahrtsverletzungen, ein zu geringer Sicherheitsabstand, sowie Fehler beim Wenden oder Rückwärtsfahren. Aber auch Fahren unter Alkohol- / Drogen- oder Medikamenteneinfluss (71 Unfälle) sowie Ablenkung am Steuer (100 Unfälle) führen immer wieder zu Unfällen. Die Zahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern ist nahezu gleichgeblieben und lag 2023 bei 289 Unfällen nach 284 im Vorjahr. Hier waren die Hauptunfallursachen bei Radfahrenden Vorfahrtsverletzungen, Fehler beim Abbiegen und das falsche Benutzen von Radwegen. Auffällig ist, dass die Unfälle mit „normalen“ Fahrrädern um 4 Prozent gesunken, die Unfälle unter Beteiligung von Pedelecs jedoch um 44,12 Prozent gestiegen sind. Bei den Unfällen mit Radfahrerinnen und Radfahrern waren in 221 Fällen Verletzte zu beklagen. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2022 ein Rückgang von 3,49 Prozent. Jedoch wurden bei den Unfällen drei Radfahrende tödlich verletzt. Unfälle mit E-Scootern sind immer noch selten. Nach 20 Unfällen in 2022 konnten 2023 19 Unfälle verzeichnet werden. Hierbei wurden 12 Personen verletzt (2022: 17). Ein Rückgang ist auch

bei den Baumunfällen zu verzeichnen. 84 Unfällen im Jahr 2023 stehen 89 Unfälle im Jahr 2022 gegenüber. Die Folgen dieser Unfälle sind jedoch zumeist schwerwiegend. 2023 wurden zwei Personen getötet (2022: 2), 13 Personen schwer verletzt (2022:21) und 35 Personen leicht verletzt (2022: 28). Eine deutliche Steigerung gab es bei den Wildunfällen. Waren es 2022 768 Unfälle mit Wildtieren, musste die Polizei 2023 947 Unfälle dieser Art aufnehmen. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtunfallzahl von 22,67 Prozent. Eine bemerkenswerte Steigerung gab es bei den Unfällen, an denen Fußgängerinnen und Fußgänger beteiligt sind. Deren Anzahl stieg von 45 auf 64 (+42,22 Prozent). Hierbei wurden 46 Menschen verletzt (2022: 32, +43,75 Prozent), neun davon schwer. Ursächlich könnte hierfür sein, dass wieder mehr Menschen zu Fuß unterwegs sind.

Cannabis-Konsum und die Teilnahme am Straßenverkehr:

Wer unter dem Einfluss von Drogen oder anderen berauschenden Mitteln ein Kraftfahrzeug führt, riskiert weiterhin den Führerschein und gefährdet das Leben und die Gesundheit anderer Verkehrsteilnehmender. Die seit Anfang April gültige Teillegalisierung von Cannabis birgt aus polizeilicher Sicht große Gefahren für die Teilnahme am Straßenverkehr. Ebenso wie durch Alkohol und Medikamente können nach dem Konsum von Cannabisprodukten die erforderliche Fahrtüchtigkeit und die Straßenverkehrssicherheit eingeschränkt sein. Dies kann auch der Fall sein, wenn der Konsum bereits einige Tage zurückliegt. Der Konsum von Cannabis ist unter anderem mit Einschränkungen der Konzentration und Aufmerksamkeit sowie einer Verlängerung der Reaktions- und Entscheidungszeit verbunden. Eine weitere besondere Gefahr besteht durch sogenannten „Mischkonsum“, also den Konsum von Cannabis und Alkohol. Auch der Abbau des Wirkstoffes THC im Körper verläuft anders als bei Alkohol und hat eine längere Nachweisbarkeitszeit.

REGIONALE KONTROLLGRUPPE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Schwerpunktkontrollen und Neustrukturierung

Die Regionale Kontrollgruppe (RKG), eine spezialisierte Gruppe der Polizei, ist seit Jahren ein wichtiger Bestandteil der Überwachung des Straßenverkehrs, insbesondere auf Bundesautobahnen. Ihr Fokus liegt dabei vor allem auf dem gewerblichen Güter- und Personenverkehr. Dieser Bereich erfordert ein hohes Maß an Fachwissen, da er verschiedene Bereiche wie Gefahrgut- und Abfalltransporte, Großraum- und Schwerlasttransporte sowie die Einhaltung von Vorschriften des Personalrechts umfasst, einschließlich Lenk- und Ruhezeiten, Ladungssicherung und Tiertransporte.

Dieses Fachwissen wird kontinuierlich durch polizeiliche Schulungen und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf Bundesebene vertieft. Die RKG beteiligt sich auch an länderübergreifenden Kontrollen, um ihr Wissen praktisch anzuwenden und zu teilen. Zum Beispiel unterstützen sich die RKG und die Wasserschutzpolizei Hamburg gegenseitig bei Großkontrollen von Gefahrgut- und Abfalltransporten und tauschen dabei ihre Erfahrungen aus.

Die Kontrollen der RKG waren auch im Jahr 2022 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Die geplanten Kontrollen konnten nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. In den Jahren 2022 und 2023 lag ein besonderer Schwerpunkt auf dem gewerblichen Güterverkehr, insbesondere der Überprüfung von Gefahrguttransporten. Die Gesamtbeanstandungsquote lag dabei bei über 73%. Diese Quote wurde auch bei der „Auftaktkontrolle“ im Februar 2024 bestätigt.

Es steht fest: Die Kontrollen im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs bleiben unerlässlich und werden auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit der RKG darstellen.

Die Überwachung der Fahrtüchtigkeit der Fahrzeugführer sowie die Kontrolle von getunten Motorrädern und PKWs gewinnen zunehmend an Bedeutung, neben der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs. Diese Aufgaben erfordern ein hohes Maß an Aufmerksamkeit seitens der Polizei und spezialisiertes Fachwissen. Bislang



Geplante Neustrukturierung in der PD Lüneburg





wurden diese Bereiche von speziellen Kontrolltrupps für Krafträder und Drogenüberwachung durchgeführt, die Teil der RKG sind.

Mit Einführung der Fachstrategie Verkehr (FSV) im Jahr 2021 baut die Polizei in Niedersachsen ihre Möglichkeiten der Verkehrsüberwachung und der Verkehrssicherheitsarbeit weiter aus. Sie orientiert sich dabei an ihren Erfahrungen und den neuesten Entwicklungen unter dem Aspekt, den festzustellenden „Trends“ konzeptionell und proaktiv entgegen zu treten. Die Polizeidirektion Lüneburg hat im Zuge ihrer strategischen Ausrichtung die RKG einer Organisationsüberprüfung unterzogen und im Herbst 2023 eine Neustrukturierung avisiert. Daran anknüpfend wurde gemeinsam mit den Inspektionen unter Berücksichtigung bereits bestehender Konzeptionen und weiterer Handlungsempfehlungen aus der FSV eine RKG-Neukonzeption entwickelt. Es ist geplant, diese Konzeption im Sommer 2024 umzusetzen

Gemäß der Neukonzeption setzt sich die RKG dann aus vier Teileinheiten zusammen.

1. Gewerblicher Güter-/ Personenverkehr (GGPV)
2. Kontrollgruppe zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit (KFF)
3. Tuningkontrollgruppe (TKG)
4. Kriminalitätsbekämpfung (KB)

Die Teileinheit „Kriminalitätsbekämpfung“ ist für die Themenbereiche

- Schleusung/ Menschenhandel/ Ausländer- u. Asylrecht
- Betäubungsmittel- u. Schmuggeldelikte
- Eigentumsdelikte reisender Tätergruppen
- Kfz-Sachwerterlangungsdelikte
- CARGO (Ladungsdiebstähle)
- Urkunden- und Fälschungsdelikte

verantwortlich.

Die RKG der Polizeidirektion Lüneburg soll damit zukunftsorientiert aufgestellt und auf die weitere Entwicklung sowie zur Bekämpfung der angeführten Kriminalitätsphänomene insbesondere im Bereich der Bundesautobahnen vorbereitet sein.

Die Mitglieder der RKG arbeiten in den Teileinheiten und Themenbereichen freiwillig und neigungsorientiert. Sie kommen aus allen sechs Inspektionsbereichen. Das bedeutet, dass die Mitarbeitenden die in der RKG gesammelten Erfahrungen und das dort vorhandene Fachwissen auch in die tägliche Arbeit in ihrer Heimatdienststelle einfließen lassen können. Ein Synergieeffekt, der sich auch außerhalb der Bundesautobahnen, also direkt vor Ort in den Polizeiinspektionen, auszahlt und zum allgemeinen Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung positiv beiträgt.



Sachgebiet Verkehr der Polizeidirektion Lüneburg
v.l. Andreas Faltin, Tobias Kärsten, Gerald Frank Pape

CANNABIS AM STEUER

Niedersachsen verzeichnet für das Jahr 2023 bei der Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme. Dies betrifft auch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Hauptursachen für Unfälle sind vor allem nicht angepasste Geschwindigkeit und die Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit durch Drogen oder Alkohol. Mit der Legalisierung von Cannabis ergeben sich zusätzliche Risiken, die eine verstärkte Aufmerksamkeit seitens der Polizei erfordern. Die Polizei setzt auf präventive Maßnahmen und verstärkte Verkehrsüberwachung, um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten.

Im Jahr 2024 liegen die landesweiten Schwerpunktthemen der Polizei Niedersachsen im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit auf Geschwindigkeit und Fahrtüchtigkeit im Straßenverkehr. Durch gezielte Kontrollen und Präventionsmaßnahmen werden diese Problemfelder angegangen. Ein Workshop der Polizeidirektion mit den Themenverantwortlichen aller Polizeiinspektionen soll eine gemeinsame Strategie entwickeln, um den Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Die Polizeidirektion Lüneburg ergreift verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer bestmöglich zu gewährleisten.

Das landesweite Fortbildungskonzept zur „Feststellung und Steigerung der Verkehrstüchtigkeit im öffentlichen Raum“ wird konsequent in der gesamten Direktion angewendet. Hierbei erhalten die Polizistinnen und Polizisten in Semina-

ren und angeleiteten Qualifizierungskontrollen umfassendes Wissen, um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit durch Alkohol oder Drogen beeinträchtigten Fahrern zu erkennen und zu verfolgen. Dies erhöht im Allgemeinen das Entdeckungsrisiko für Personen, die unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln fahren.

Des Weiteren plant die Polizeidirektion Lüneburg die Einrichtung einer Kontrollgruppe zur Feststellung der Fahrtüchtigkeit (KFF).

Die Grundstruktur existiert bereits seit Jahren unter dem Namen „Drogenkontrolltrupp“. Die KFF wird künftig mit mehr qualifiziertem Personal ausgestattet, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Legalisierung von Cannabis gerecht zu werden. Sie wird directionsweit eingesetzt, insbesondere bei Veranstaltungen mit einem erhöhten Risiko von Trunkenheitsfahrten, wie dem jährlichen „Hurricane“-Festival in Scheeßel. Durch umfangreiche Kontrollmaßnahmen ermöglicht die KFF den Festivalbesucherinnen und -besuchern eine sichere An- und Abreise und identifiziert effektiv Verkehrssünder.

Während solcher Großkontrollen haben die beteiligten Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen, was zu einer weiteren Professionalisierung im polizeilichen Alltag beiträgt. Durch diese und weitere Maßnahmen trägt die Polizeidirektion Lüneburg dazu bei, dass unsere Straßen auch nach der Legalisierung von Cannabis so sicher wie möglich bleiben.



NIMES

Die Messenger-App der Polizei Niedersachsen



Aus der privaten Kommunikation sind Messenger-Apps wie bspw. WhatsApp inzwischen nicht mehr wegzudenken. Die Möglichkeit andere Menschen schnell und unkompliziert über das Internet Nachrichten, Fotos und Videos oder Audiodateien auf ihre Smartphones zu senden, hat sich zu einer festen Säule der alltäglichen Kommunikation entwickelt. Die Vorteile dieses Kommunikationsweges liegen auf der Hand. Das Smartphone als täglicher Begleiter gewährleistet eine ständige Erreichbarkeit eines jeden, unabhängig von dessen Aufenthaltsort.

So hat sich diese Form der Kommunikation auch in der Arbeitswelt etabliert, auch in der Polizei. Jedoch kommen für die polizeiliche Kommunikation die gängigen Anwendungen wie WhatsApp, Signal oder Telegramm nicht in Frage. Zu sensibel sind die Informationen, die im dienstlichen Kontext über die Messenger ausgetauscht werden sollen, zu groß das Risiko, dass diese Informationen abgefangen werden und so in die falschen Hände gelangen. Um aber dennoch die offensichtlichen Vorteile der Kommunikation mittels Messenger-Apps für die Polizei nutzbar zu machen, wurde durch die Polizei Niedersachsen in Zusammenarbeit mit einer Firma für Softwareentwicklungen der polizeieigene „Niedersachsen-Messenger“, abgekürzt NIMes, entwickelt.

Was kann NIMes?

Der Funktionsumfang von NIMes umfasst dabei alle Funktionen, die man aus den bekannten Messenger-Apps kennt.

- Textnachrichten
- Medien (Audio, Video, Foto)
- Gruppenchats
- Umfragen und Abstimmungen
- Audio- und Videotelefonie

Ein Austausch von Telefonnummern ist für die Nutzung von NIMes nicht erforderlich. Das Programm greift auf die landesweite Nutzerdatenbank der Polizei zurück. So ist das Kommunizieren vom Harz bis an die Nordsee und der Elbe bis zur niederländischen Grenze unkompliziert möglich. Neben der App-Version für Smartphones gibt es NIMes auch

in einer Desktop-Version. So kann das Programm sowohl am festen Arbeitsplatz im Büro, als auch unterwegs genutzt werden.

Wie funktioniert NIMes?

NIMes kann über die App-Stores auf die privaten Smartphones der Mitarbeitenden heruntergeladen werden. Durch diesen sogenannten „Bring-Your-Own-Device-Ansatz“ ist die Verfügbarkeit des Programms nicht ausschließlich auf die dienstlichen Smartphones, beschränkt, sondern steht allen Mitarbeitenden auf den privaten Smartphones zur Verfügung.

Die Nutzung von NIMes ist ausdrücklich freiwillig und keine Verpflichtung. In der App gibt es die Möglichkeit den eigenen Status auf „abwesend“ zu setzen. In diesem Fall erhält der Nutzer keinerlei Benachrichtigungen aus der App, womit den Arbeitsschutzbestimmungen Rechnung getragen wird. Eine verpflichtende dauerhafte Erreichbarkeit der Nutzerinnen und Nutzer in ihrer Freizeit ist somit also nicht gegeben.

Welchen Mehrwert bietet NIMes im polizeilichen Alltag?

NIMes bietet die Möglichkeit, Einsatzkräften direkt und vor Ort allerhand Informationen zukommen zu lassen. So können beispielsweise im Rahmen von Fahndungen erste Bilder aus Überwachungskameras oder Fahndungsfotos an die eingesetzten Streifenwagen verschickt werden.

Im Rahmen von größeren Einsatzlagen ergibt sich so auch die Möglichkeit alle eingesetzten Kräfte über die aktuelle Lage zu informieren und so andere Kommunikationskanäle wie bspw. den Funk oder das Telefon zu entlasten und über die Dateiablagen wichtige Unterlagen wie Einsatzkonzeptionen, Karten und Kommunikationspläne zur Verfügung zu stellen.

Das Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst also ihr privates Smartphone dabei haben und benutzen hat einen dienstlichen Hintergrund. Wundern Sie sich also nicht, wenn sie Kolleginnen und Kollegen im Einsatz mit ihrem Smartphone sehen.



E-AKTE IN DER POLIZEI Mehr als nur eine Software

Der Niedersächsische Landtag verabschiedete am 23. Oktober 2019 das Niedersächsische Digitalisierungs- und Informationssicherheitsgesetz (NDIG). Im § 10 (2) NDIG heißt es:

„Jede Behörde des Landes soll neu anzulegende Akten ab dem 1. Januar 2026 elektronisch führen. [...]“.

Aufgrund dieser rechtlichen Vorgaben beschäftigen sich nun auch die Polizeidirektionen in Niedersachsen mit der Einführung der elektronischen Akte (eAkte), damit Verwaltungsakten in Zukunft digital abgelegt und bearbeitet werden können. Hiervon noch nicht betroffen sind Straf- und Kriminalakten, die Digitalisierung dieser Akten wird in einem gesonderten Projekt bearbeitet.

Doch wer ist in der Polizei Niedersachsen überhaupt von der Einführung der eAkte betroffen? Betroffen sind all die Polizeibeschäftigten, die mit Verwaltungsakten arbeiten - also beispielsweise die Mitarbeitenden in einem Geschäftszimmer oder Stabsangehörige sowie bestimmte Führungsfunktionen und Interessenvertretungen. Geschäftsgänge wie Kennntnahmen, Zeichnungen, Weiterleitungen erfolgen digital in der eAkte und lösen die klassische Umlaufmappe ab.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg startete als Pilotbehörde ihr Einführungsprojekt im Oktober 2021. Technische Probleme bei der Anbindung der eAkte an den PolizeiClient führten zunächst zu erheblichen Verzögerungen im Projekt. In Zusammenarbeit zwischen dem IT.Niedersachsen und der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) wurden diese Probleme inzwischen erfolgreich behoben. Nach Abschluss der Schulungsphase, in welcher die Mitarbeitenden auch die Möglichkeit zur Teilnahme an verschiedenen Workshops zur Vertiefung des erlernten Wissens bekommen haben, befindet sich die PD Lüneburg seit dem 01.01.2024 in der aktiven Nutzung der eAkte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es sich bei der Einführung der eAkte nicht nur um die Einführung einer neuen Software handelt, sondern die Einführung der eAkte Auswirkungen auf ganze Arbeitsprozesse und Arbeitsabläufe innerhalb der Polizei hat. Ein solch großer Veränderungsprozess wird auf der einen Seite natürlich von Unsicherhei-



ten hinsichtlich der Nutzung der neuen Software und den geänderten Abläufen begleitet. Auf der anderen Seite bietet er aber die Chance, Arbeitsabläufe zu überdenken und diese durch die Abarbeitung in der eAkte deutlich zu beschleunigen und effektiver zu gestalten. Zurzeit befindet sich die PD Lüneburg in diesem Veränderungsprozess noch ganz am Anfang und sammelt nahezu täglich neue Erfahrungen im Umgang mit der eAkte und den damit verbundenen Anpassungen.

Das Niedersächsische Innenministerium (MI) hingegen startete seine Erprobungsphase bereits im März 2021 und ist in diesem Prozess schon deutlich weiter fortgeschritten. Seit dem 10. Mai 2022 ist die Nutzung der eAkte im MI sogar verpflichtend. Sowohl in der Erprobungsphase als auch jetzt sind die Rückmeldungen zur eAkte grundsätzlich positiv. Es zeigt sich:

Die Arbeit mit der eAkte kann Prozesse beschleunigen und sorgt unter anderem für ein medienbruchfreies Arbeiten.

EINSATZUNTERSTÜTZUNG AUS DER LUFT: Polizeiinspektion Harburg und Polizeikommissariat Uelzen Drohnen-Standorte für Nord-Ost-Niedersachsen

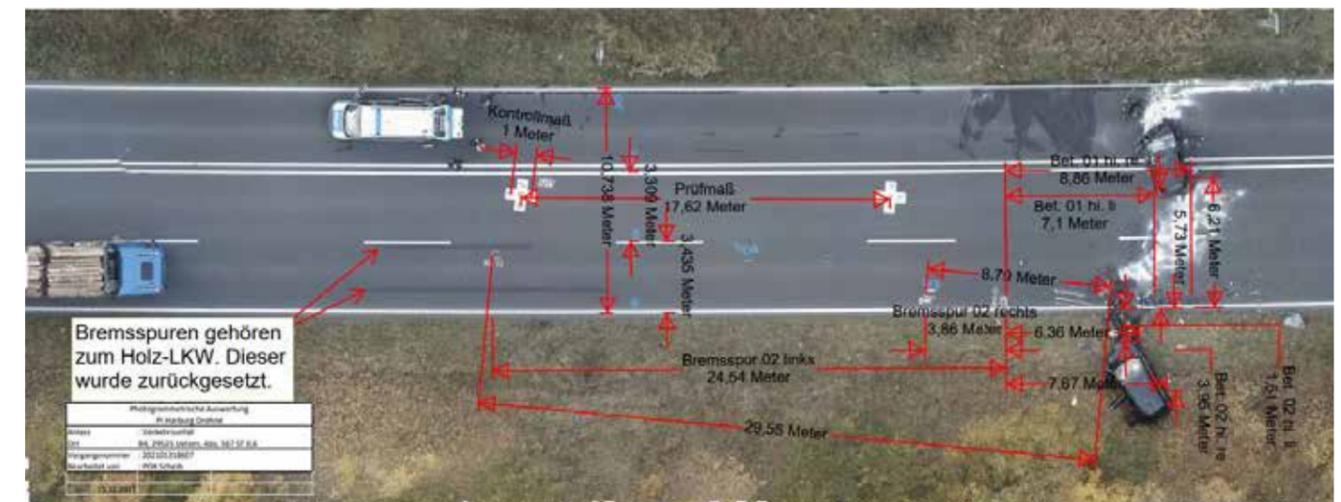
Mit der strategischen Neuausrichtung im Bereich der Drohneneinsätze bei der Polizei Niedersachsen ist neben der Polizeiinspektion Harburg in Buchholz i.d.N. nun auch das Polizeikommissariat Uelzen seit Ende 2023 „Drohnen-Standort“ für Nord-Ost-Niedersachsen sowie für Teile der Landkreise Celle und Gifhorn und verfügt über insgesamt vier ausgebildete „Drohnenpiloten“ (Luftfahrzeugfernführer – LFFF).

Das Einsatzspektrum der Drohnen erstreckt sich von der Erstellung von Luftbildaufnahmen im Vorfeld größerer Einsatzlagen zu Planungs- und Koordinierungszwecken, über die Koordination von Maßnahmen während größerer Einsätze, zur Unterstützung der Kriminalitätsverfolgung bei der Beweissicherung und Dokumentation (beispielsweise bei Brandtatorten), zur Unterstützung von Einsatzlagen im Rahmen der Gefahrenabwehr (beispielsweise bei der Suche nach Vermissten oder im Rahmen einer Evakuierung) bis hin zur Dokumentation sowie Vermessung von Verkehrsunfallorten.

Bei den durch das Land beschafften Drohnen handelt es sich um die „Mavic 3 Enterprise Thermal“ vom Hersteller „DJI“. Mit einem Gewicht von 920 Gramm, einer Flugzeit von bis zu 45 Minuten bei optimalen Bedingungen und einer Weitwinkel-Wärmebild und Zoom-Kamera, stellt sie eine weitere sinnvolle Ergänzung der polizeilichen Einsatzmittel der Polizei Niedersachsen dar.

Um eine polizeiliche Drohne fliegen zu dürfen, bedarf es für die Pilotinnen und Piloten einer umfangreichen Ausbildung, die gegenwärtig sukzessive durchgeführt wird. Zu den Ausbildungsschwerpunkten gehören unter anderem das Luftrecht, Meteorologie, Aerodynamik und die Risikominimierung.

Die Polizei Niedersachsen hat im vergangenen Jahr eine Neuausrichtung im Hinblick auf den flächendeckenden Einsatz polizeilicher Drohnen vorgenommen. Bislang wurden diese ausschließlich in der ZPD, in der PI Harburg sowie in der PI Wilhelmshaven (Polizeidirektion Oldenburg) eingesetzt. Weitere Drohnen-Standorte sind aktuell Braunschweig, Goslar, Göttingen, Hameln, Northeim, Cuxhaven, Delmenhorst, Verden, Aurich und Osnabrück.



Bremsspuren gehören zum Holz-LKW. Dieser wurde zurückgesetzt.

Polizeidirektion Lüneburg
Polizeiinspektion Harburg
Polizeikommissariat Uelzen
Drohnen-Standorte für Nord-Ost-Niedersachsen





Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Lüneburg
Polizeipräsident Thomas Ring
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 / 8306-0
www.pd-lg.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination: Dezernat 01

Layout: Pressestelle der Polizeidirektion Lüneburg

Bildnachweis: Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheberinnen/Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Nachgeordnete Polizeiinspektionen
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)
- Polizei-Beratung (www.polizei-beratung.de)
- Pixabay (www.pixabay.com)

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck: Print Point Lüneburg



